

Deutsche Einheit und Globalisierung: 1990 bis 2000

Einleitung

Die »Scorpions« brachten mit ihrem Song »Wind of Change« das Lebensgefühl vieler Menschen im Jahr 1991 auf den Punkt. Nach dem Umbruch in der Sowjetunion, in den Ländern Osteuropas und in der DDR wehte der Wind der Veränderung etliches durcheinander und einiges einfach weg. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 löste sich auch die IG Metall der DDR auf und empfahl ihren Mitgliedern in die IG Metall der Bundesrepublik einzutreten. Die Hoffnungen der Menschen in Ostdeutschland wurden zerstört. Dort setzte ein dramatischer Prozess von Betriebsschließungen und Massenentlassungen ein; teilweise lag die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bei über 20%.

Die gesamte Politik, insbesondere die Wirtschaftspolitik, orientierte sich am Leitbild des Neoliberalismus: Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen und die Deregulierung von Schutzrechten der Beschäftigten und tariflicher Standards, sowie die Lockerung von Finanzmarktregeln. Vor diesem Hintergrund starteten die Arbeitgeberverbände heftige Angriffe auf tarifliche Leistungen und die Flächentarifverträge.

Die IG Metall war aber in der Lage, in harten Abwehrkämpfen tarifliche Leistungen zu erhalten und den Flächentarifvertrag zu verteidigen. 1990 gelang es ihr, einen Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche in West-Deutschland zu vereinbaren. Sie trat 1995 in Kraft. 1993 wurde bei Volkswagen der Tarifvertrag zur »Vier-Tage-Woche« vereinbart. 1994 fand erstmals in der Metallindustrie in Niedersachsen eine Urabstimmung statt. Im Ergebnis wurde ein Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung vereinbart. 1996 konnte in Niedersachsen ein Pilotabschluss zur Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erzielt werden.

In den Jahren 1991 bis 1992 kam es zu ersten Übergriffen auf Wohnungen, in denen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund wohnten. Die Brandanschläge in mehreren Städten in West- und Ostdeutschland wurden von allen Parteien und Gewerkschaften scharf verurteilt.

Auf der politischen Bühne kam es in Niedersachsen 1990 zu einer entscheidenden Änderung. Die SPD siegte bei der Landtagswahl. Der neue Ministerpräsident Gerhard Schröder und die rot-grüne Koalition beendeten 16 Jahre CDU-Herrschaft in Niedersachsen. In Deutschland wurde 1998 bei der Bundestagswahl nach 16 Jahren die »Ära Helmut Kohl« beendet. Ein neue rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder begann ihre Arbeit.

Auch bei der IG Metall kam es zu personellen Veränderungen. 1993 ging der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Hannover, Claus Wagner, in Rente. Dieter Dicke wurde Erster und Reinhard Schwitzer Zweiter Bevollmächtigter. Der Bezirksleiter Jürgen Peters wurde 1998 als Zweiter Vorsitzender der IG Metall gewählt; ihm folgte Hartmut Meine als neuer Bezirksleiter.

Jahr	Politik	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1990	3.Oktober: Deutsche Einheit Gesamtdeutsche Bundestagswahl: Koalition von CDU und FDP. Bundeskanzler: Helmut Kohl (CDU) Landtagswahl in Niedersachsen: Koalition von SPD und Grünen. Ministerpräsident: Gerhard Schröder (SPD)	Außerordentlicher Gewerkschaftstag: IG Metall für ganz Deutschland zuständig Stufenplan zur Einführung der 35- Stunden-Woche in West-Deutschland Das Buch »Zügel-los« für eine bessere Zukunft in Niedersachsen erscheint.	Arbeitslosigkeit: 10,5% Mitglieder: 49.966 Die IG Metall Hannover unterstützt beim Aufbau der IG Metall Verwaltungsstelle in Magdeburg. Dieter Dicke wird 2. Bevollmächtigter. Erste weibliche Gewerkschaftssekretärin in Hannover: Marion Lenz.
1991	Berlin wird Regierungssitz Einführung des Solidaritätszuschlages (»Soli«) Ausländerfeindlicher Brandanschlag in Hoyerswerda	Übertragung der westdeutschen Tarifstrukturen auf Ostdeutschland IG Metall Vorstand veröffentlicht das Konzept »Tarifreform 2000«.	
1992	Gemeinsamer EU-Binnenmarkt (Vertrag von Maastricht) Ausländerfeindlicher Brandanschlag in Mölln		7. November.: Demonstration gegen Sozialabbau; 25.000 Teilnehmende
1993	Erhöhte Standortkonkurrenz zu osteuropäischen Billiglohn- Standorten Steigende Arbeitslosigkeit Ausländerfeindlicher Brandanschlag in Solingen	VW: Tarifvertrag zur 4-Tage-Woche Rechtswidriger Bruch des Stufen-TV in Ost-Deutschland Rücktritt: Franz Steinkühler Gewerkschaftstag: 1. Vorsitzender: Klaus Zwickel; 2. Vorsitzender: Walter Riester	Warnstreik-Demo vor der Oper 1. Bevollmächtigter: Dieter Dicke 2. Bevollmächtigter: Reinhard Schwitzer
1994	Landtagswahl in Niedersachsen: Alleinige Regierung der SPD; Ministerpräsident Gerhard Schröder bestätigt	Urabstimmung und Pilotabschluss in der niedersächsischen Metallindustrie. (Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung) Gemeinsamer Manteltarifvertrag in Metallindustrie	Demonstration und Warnstreiks in der Metallindustrie Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Juden aus Hannover
1995	Einführung der Pflegeversicherung	35 Stunden Woche in Westdeutschland Streik in der bayrischen Metallindustrie Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall schlägt der Vorsitzende Klaus Zwickel ein »Bündnis für Arbeit« vor.	
1996	Gesetzliche Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dagegen Demonstration in Bonn am 15.6 mit 350.000 Teilnehmenden	Pilotabschluss in Niedersachsen zur tariflichen Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	6.. Juni: DGB-Kundgebung gegen Sozialabbau: 15.000 bis 20.000 Teilnehmende
1997	Ende der Vorruhestandsregelung mit 58 Jahren. Beschluss über Altersteilzeitgesetz Hochwasser an der Oder	Unterschriftenaktion zum VW-Gesetz Tarifvertrag Altersteilzeit bei VW, später in Metallindustrie Gewerkschaftstag zur Fusion mit GTB und GHK	Strukturpolitischer Arbeitskreis diskutiert die Gründung eines Trägers für Beschäftigungsgesellschaften.
1998	Landtagswahl in Niedersachsen: Koalition von SPD und Grünen. Ministerpräsident: Zunächst G. Schröder, dann G. Glogowski. Bundestagswahl: Koalition von SPD und Grünen, Bundeskanzler: Gerhard Schröder (SPD)	Abschluss: Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung Außerordentlicher Gewerkschaftstag: 1. Vorsitzender: Klaus Zwickel. 2. Vorsitzender: Jürgen Peters Satzung: Studierende können Mitglied werden Bezirksleiter: Hartmut Meine	12. September: Demonstration »Deine Stimme für Arbeit und Gerechtigkeit« 15.000 Teilnehmende
1999	Rücktritt von G. Glogowski. Neuer Ministerpräsident: Sigmar Gabriel	Bundesweit und in Niedersachsen gibt es Gesprächsrunden zwischen Regierung, Gewerkschaften und	Beschäftigungsgesellschaft Futura wird gegründet.

	SPD-Vorsitzender Oskar Lafontaine tritt von allen Ämtern zurück	Arbeitgeberverbänden unter dem Namen »Bündnis für Arbeit«.	Wabco: Anwendung des TV zur Beschäftigungsförderung: Einstellung von 16 Arbeitslosen
2000	Bundesregierung kündigt Umbau des Rentensystems an, was zu Protesten der IG Metall führt. Ab 1.6.2000 Weltausstellung »EXPO 2000«. Motto: »Mensch-Natur-Technik«, dazu Tarifvertrag	Erstmals Wahlen zu den Gremien der IG Metall ändert ihre Satzung: In den Gremien sind Frauen mindestens entsprechend ihres Anteils an den Beschäftigten zu berücksichtigen (Frauenquote).	Arbeitslosigkeit: 11,7% IG Metall Mitglieder: 44.324 Erstmals Stände der IG Metall bei der Hannover Messe und der Cebit. IGM: Erstmals Internet Homepage

Lebenssituation der Menschen

Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit hatte zunächst 1989/1990 Euphorie und Freude hervorgerufen. Ab 1991 kam aber große Skepsis auf. Den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und die hohe Massenarbeitslosigkeit in den »neuen Bundesländern« sahen viele mit großer Sorge. Bei allen Gemeinsamkeiten traten die kulturellen Unterschiede zwischen den Menschen in Ost und West hervor. Damals wurde viel über die Unterschiede von »Ossis« und »Wessis« gesprochen – bis hin zu polemischen Überspitzungen.

Die Verlagerungen etlicher Betriebe nach Osteuropa und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit auch in Westdeutschland beunruhigte viele Beschäftigte. Insbesondere im Produktionsbereich wurde es üblich, Arbeitsverträge zunächst nur zu befristen. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg und viele Jugendliche fanden keinen Ausbildungsplatz. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit kündigten Arbeitgeberverbände Tarifverträge und versuchten bestehende tarifliche Leistungen zu verschlechtern – vom Urlaubsgeld bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Diese Aggressivität der Unternehmer war neu. Plötzlich waren tarifliche Leistungen nicht mehr sicher und die Gewerkschaften mussten um den Bestand der Entgelte und anderer tariflicher Leistungen kämpfen.

In der Kommunikations- und Informationstechnik kam es von 1990 bis 2000 sowohl im privaten als auch im betrieblichen Bereich zu erheblichen Veränderungen. Die ersten mobilen Telefone kamen ab 1990 zum Einsatz, Geräte etwa so groß wie ein »Schuhkarton mit Antenne und Hörer«. 1993 wurden sie von »backsteingroßen« Geräten abgelöst. Erst ab 2000 kamen kleinere, handliche Geräte auf und wurden zum Standard. Diese sogenannten Handys waren aber noch keine Smartphones. Das Betriebssystem von Microsoft »Windows« und die »Office«-Anwendungen entwickelten sich zum Standard. Lediglich Apple setzte schon damals auf ein eigenes Betriebssystem. Insbesondere in den Betrieben, aber später auch in privaten Haushalten kam es ab Mitte der 1990er Jahre zu ersten Nutzungen des Internets. Es hatten allerdings nur wenige Institutionen eine eigene Homepage. Private E-Mail-Adressen und »soziale« Medien wurden erst Mitte der 2000er Jahre üblich. Auch online-banking, online-shopping oder Facebook, Twitter, Instagram etc. waren damals noch völlig unbekannt. Ende der 1990er Jahre wurden die dicken Röhrenbildschirme nach und nach durch Flachbildschirme ersetzt – sowohl bei PCs als auch bei Fernsehgeräten.

Für viele Fußballfans war das Jahr 1990 von besonderer Bedeutung: Bei der Weltmeisterschaft in Italien wurde die deutsche Mannschaft Weltmeister. Im Finale in Rom schlugen sie Argentinien 1:0 – durch Foulelfmeter von Andy Brehme. Die Wenigsten erinnern sich jedoch daran, dass Hannover 96 im 1992 Deutscher Pokalsieger wurde, nach Elfmeterschießen gegen Borussia Mönchengladbach mit 4:3.

In der Filmwelt fand 1994 »Schindlers Liste« und 1997 »Titanic« erhöhte Aufmerksamkeit. Neben dem Song der Scorpions »Wind of Change« war »Freiheit« von Marius Müller-Westernhagen der Hit. Udo Lindenberg sang vom »Club der Millionäre«, die Prinzen aus Leipzig: »Ich wär' so gerne Millionär« und die »Fantastischen Vier« rappten über »Die da«. Neben den Back Street Boys fanden auch Rockgruppen wie Nirvana und REM breite Popularität. In Norddeutschland wurde im Jahr 2000 der völlig schräge NDR-Sommerhit »Verliebte Fischer ziehen mit den Booten die Berge hinauf« zum Kult.

Politische Situation

1990 war geprägt durch die Deutsche Einheit, die am 3. Oktober realisiert wurde. Kanzler Kohl versprach den Ostdeutschen »blühende Landschaften« – es kam aber ganz anders. Die ehemaligen DDR -Betriebe wurden der neugegründeten Treuhandanstalt übertragen. Durch die überstürzte Einführung der DM waren die ostdeutschen Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig, außerdem verloren sie ihre traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa und der Sowjetunion. Das Ergebnis waren Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Die Arbeitslosigkeit lag in den ostdeutschen Bundesländern jahrelang oberhalb von 20%.

1990 fanden zum 100. Mal die Demonstrationen der Gewerkschaften am 1. Mai statt. Bei den Demonstrationen in der BRD und der DDR wurde die Forderungen artikuliert, dass Ostdeutschland in einem vereinten Deutschland nicht zu einem Billiglohnland werden dürfe. Sowohl in der BRD als auch in der DDR wurden anlässlich des 100. Jahrestages Briefmarken veröffentlicht. In Hannover forderte auf der 1. Mai Kundgebung der Erste Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, ein verbindliches Datum für die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit propagierte der neue Erste Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, 1995 das Projekt »Bündnis für Arbeit«. Er schlug vor, dass die Arbeitgeber auf Entlassungen verzichten, zusätzliche Stellen schaffen und die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Im Gegenzug würden die Gewerkschaften die tariflichen Lohnerhöhungen auf den Inflationsausgleich begrenzen und befristete Einarbeitungsabschlüsse bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen akzeptieren. Die Bundesregierung sollte ihrerseits zusichern, dass es zu keinen Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe kommt. Nach diesem Vorschlag fanden in Bonn »Bündnisgespräche« zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden und der Bundesregierung statt. Erreicht wurde nichts! Als die Bundesregierung die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verschlechtern wollte, stiegen die Gewerkschaften aus dem Bündnis aus. Der Begriff »Bündnis für Arbeit« wurde aber in dieser Zeit in der öffentlichen Debatte beibehalten und von den Arbeitgeberverbänden übernommen. Ihnen ging es dabei letztlich um Verzicht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften bei Löhnen und anderen tariflichen Leistungen, weil dies angeblich die Arbeitslosigkeit verringern würde.

Die Politik der »Koalition von Kabinett und Kapital« unter Kanzler Helmut Kohl gegen die Beschäftigten und für die Profitinteressen der Unternehmer wurde unvermindert fortgesetzt. Der Kurs der Bundesregierung wurde nun zunehmend mit dem Begriff »Neoliberalismus« bezeichnet. Sozialabbau und Deregulierungen der Finanzmärkte gingen Hand in Hand mit immer aggressiverem Verhalten der Unternehmer. Der Höhepunkte der

Angriffe war 1996 die Verschlechterung des Gesetzes zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie sollte von 100% auf 80% abgesenkt werden. Dagegen gab es bundesweit massenhafte Proteste und Arbeitsniederlegungen. Bei der Mai-Kundgebung in Hannover beteiligten sich 25.000.¹ Am 6. Juni demonstrierten 20.000 Teilnehmende in Hannover.² Am 11. Juni folgten 11.000 VW-Beschäftigte, an dieser Demonstration beteiligten sich auch erstmals wieder über 2.000 Studierende.³ Der Höhepunkt war eine große Demonstration aller Gewerkschaften am 15. Juni 1996 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn mit 350.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde dennoch verschlechtert. Deshalb gingen bundesweit die Protestaktionen weiter. So zogen beispielsweise am 24. Oktober 1996 ca. 800 Teilnehmende der Firmen Wabco, Mannesmann-Rexroth und Körting in einem Protestzug durch Linden zur Abschlusskundgebung auf dem Küchengarten.⁴

Den Konflikt konnten die Gewerkschaften jedoch auf der tariflichen Ebene gewinnen, da es zunächst am 5. Dezember 1996 im Tarifgebiet der niedersächsischen Metallindustrie gelang, die ungekürzte sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch einen Tarifvertrag abzusichern (siehe hierzu S. XXX). Dies wurde dann in anderen Regionen und Branchen übernommen.

Ende der Vorruhestandsregelung und Beginn der Altersteilzeitregelungen

Bis in die 1980er Jahre war es möglich, dass ältere Beschäftigte vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausschieden. Die sogenannten Vorruhestandsregelungen bzw. »58er-Regelungen« sahen vor, dass Beschäftigte mit 58 ausschieden, für zwei Jahre Arbeitslosengeld und ab dem 60. Lebensjahr eine ungeminderte Altersrente bezogen. An deren Stelle trat 1996 das Altersteilzeitgesetz, dessen finanzielle Regelungen jedoch für die Beschäftigten unzumutbar waren. Die IG Metall entschloss sich daraufhin, mit den Arbeitgeberverbänden über ergänzende Tarifverträge zur Altersteilzeit zu verhandeln. Abschlüsse gelangen 1997 in Niedersachsen zunächst bei der Salzgitter AG (PPS) und bei Volkswagen. Für die Metallindustrie wurde der Tarifabschluss aus Baden-Württemberg im April 1998 übernommen. Damit bestand für die Beschäftigten die Möglichkeit, mit 57,5 Jahren in die Freistellungsphase und mit 60 Jahren in Rente zu wechseln. Im Laufe der Jahre wurden diese Altersteilzeitmodelle die dominierende Form, mit denen Beschäftigte aus dem Arbeitsleben ausscheiden konnten. In den Jahren 2007 bis 2010 folgte ein größerer Konflikt um die Streichung der staatlichen Zuschüsse.

Niedersachsen

Zwischenzeitlich hatte es in Niedersachsen eine relevante Änderung in der Landespolitik gegeben. 1990 wurde die CDU-FDP Regierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht abgewählt, der 16 Jahre regierte. Mit der neuen rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder begann in Niedersachsen eine neue Ära. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Volkswagen, Walter Hiller, wurde Arbeits- und

¹ IG Metall, Metallzeitung, Heft 6/1996, Lokalseite Hannover

² IG Metall, Metallzeitung, Bezirksseite, Juli 1996

³ Mail von Ingo Arlt (Gewerkschaftssekretär der IG Metall Hannover) vom 20.1.2021

⁴ IG Metall, Metallzeitung, Lokalseite Hannover, Dezember 1996

Sozialminister. Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den SPD-geführten Landesregierungen unter Gerhard Schröder war aber widersprüchlich.

Einerseits hatten die Gewerkschaften einen besseren Zugang zu Regierungsstellen und konnten teilweise ihre Vorstellungen einbringen. In Zeiten von Ernst Albrecht wäre es undenkbar gewesen, dass ein Ministerpräsident mit den Gewerkschaften gemeinsam demonstriert. So marschierte Gerhard Schröder am 7. November 1992 zusammen mit dem DGB-Landesvorsitzenden Karl Neumann und dem IG Metall Bezirksleiter Jürgen Peters an der Spitze eines Demonstrationszuges gegen den Sozialabbau der Regierung Koh, mit über 25.000 Teilnehmende durch Hannover zur Schlusskundgebung auf dem Steintorplatz.

Andererseits gab es auch Konflikte zwischen den Gewerkschaften und der rot-grünen Landesregierung. Im Januar 1996 lud Gerhard Schröder die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände zu Gesprächen zu einem »Bündnis für Arbeit« auf Landesebene ein. Die Landesregierung sah sich allerdings mehr als Moderator und war ihrerseits nicht bereit, etwas zur Überwindung der Arbeitslosigkeit einzubringen. Als die Regierung dann eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten auf 40 Stunden verfügte, war klar, dass diese Vorgehensweise zu Überwindung der Massenarbeitslosigkeit überhaupt nicht geeignet war. Der Schröder-Vertraute und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Alfred Tacke, sprach sich für die generelle Wiedereinführung der 40 Stunden Woche aus⁵ und erklärte öffentlich: »Wer nicht tief ins soziale Netz einschneidet, produziert Arbeitslosigkeit.«⁶ Am 18. März beschlossen die Gewerkschaften, die Gespräche mit der Landesregierung zu beenden. Das Verhältnis der IG Metall zu Gerhard Schröder verbesserte sich wieder, als Schröder den Versuch einer feindlichen Übernahme der Salzgitter AG verhinderte: Das Land Niedersachsen kaufte kurzerhand den Stahlkonzern. Später wurden die Anteile privatisiert, wobei bis heute das Land Niedersachsen 20% der Anteile hält.

In der Zeit von 1990 bis 1999 veränderte sich das gesellschaftliche Klima in Teilen der Bevölkerung. Die Ausländerfeindlichkeit nahm zu. Es kam zu Brandanschlägen gegen Wohnungen bzw. Unterkünfte von Menschen mit Migrationshintergrund in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993), die von allen Parteien und Gewerkschaften scharf verurteilt wurden. In Niedersachsen kam es zu einem bisher ungewöhnlichen Schritt. Der Arbeitgeberverband »Verband der Metallindustriellen Niedersachsen« und die IG Metall-Bezirksleitung veröffentlichten gemeinsam ein Plakat gegen Ausländerfeindlichkeit. Das knallgelbe Plakat wurde in vielen Metallbetrieben ausgehängt.

Ein Gegenpol zur Ausländerfeindlichkeit war die Weltausstellung »Expo 2000 – Mensch – Natur – Technik« in Hannover. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten strömten im Sommer 2000 mehrere Monate die Besucher auf das Messegelände und besuchten die zahlreichen Pavillons fast aller Nationen der Welt. Vielfältige kulturelle und kulinarische Angebote brachten eine friedliche Stimmung auf das Messegelände, die zeigte, wie unterschiedliche Nationen und Kulturen friedlich zusammenleben und sich gegenseitig bereichern könnten.

Im Deutschen Pavillon war eine Ausstellung mit überlebensgroßen Büsten von »47 Deutschen«. Neben Ludwig van Beethoven, Willy Brand und Marlene Dietrich war auch Otto Brenner vertreten – der frühere Bevollmächtigte der IG Metall Hannover und spätere Vorsitzender der IG Metall. In der Ausstellung hieß es: »Otto Brenner: Der weitblickende

⁵ IG Metall, Metallzeitung Heft 4/1996, Bezirksseite Bezirk Hannover

⁶ Ebd.

Vorsitzende der IG Metall war die zentrale Figur der Gewerkschaften nach Gründung der Bundesrepublik.«

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 organisierte der DGB eine bundesweite Kampagne gegen den Sozialabbau unter dem Motto: »Deine Stimme für Arbeit und Gerechtigkeit«. Bei der Demonstration in Hannover kamen am 12. September 1998 ca. 15.000 Teilnehmende zusammen. Hauptredner war das IG Metall Vorstandsmitglied Horst Schmittthener.

Im Bundestagswahlkampf 1998 wurde nach 16 Jahren der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl abgewählt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen bildeten eine neue Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder und Vize-Kanzler Joschka Fischer. Arbeits- und Sozialminister wurde der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Walter Riester. Die neue Bundesregierung brachte für die Beschäftigten und die Gewerkschaften in den ersten Monaten des Jahres 1999 mehrere positive Gesetze. Die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde wieder gesetzlich geregelt, Verschlechterungen im Kündigungsschutzrecht zurückgenommen und die Grenze für die Freistellung eines Betriebsratsmitgliedes von 300 auf 200 Beschäftigte abgesenkt.

Nach diesem positiven Start begann es allerdings zwischen den Gewerkschaften und der Bundesregierung zu »knirschen«. Die Bundesregierung machte deutlich, dass sie nicht bereit sei, die Änderung des § 116 AFG zur »Kalten Aussperrung« rückgängig zu machen. Nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als SPD-Vorsitzender und Bundesfinanzminister wurde sichtbar, dass sich die Bundesregierung auf dem Weg zu einer »rot-grünen Variante des Neoliberalismus« entwickeln wird. Dies sollte ab 2003 mit der Verkündung der »Agenda 2010« durch Gerhard Schröder einen Höhepunkt in dem gespannten Verhältnis der Gewerkschaften zur rot-grünen Bundesregierung markieren.

Schon 2000 kam es zu ersten Konflikten, als Arbeitsminister Walter Riester einen Umbau des Rentensystems ankündigte: Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte sinken und im gleichen Umfang eine kapitalgestützte private Vorsorge ermöglicht werden, die ausschließlich durch die Beschäftigten zu bezahlen sei. Dies war die Abkehr vom Grundsatz der paritätischen (d.h. hälftigen) Finanzierung des Rentensystems zu Lasten der Beschäftigten und führte zu Konflikten mit den Gewerkschaften.

Globalisierung, Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus

Bis 1990 produzierten deutsche Metallunternehmen überwiegend in Deutschland. Einige Konzerne hatten ausländische Tochtergesellschaften, z.B. in Südamerika oder Ostasien. Zwar waren die dortigen niedrigen Löhne interessant, aber die langen Transportwege und die damaligen schlechten Kommunikationsmöglichkeiten hielten viele Unternehmen davon ab, massiv im Ausland zu investieren. Dies änderte sich schlagartig mit der politischen Wende 1990 in Osteuropa. Das dortige Lohnniveau war weitaus niedriger als in Deutschland und die Entfernungen von z.B. Tschechien, Polen oder Ungarn nach Deutschland waren logistisch zu meistern. Dies nahmen viele Konzerne und Unternehmen der Metallindustrie zum Anlass, Teile ihrer Produktion nach Osteuropa zu verlagern, um so ihre Profite zu erhöhen. Sie investierten in Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, in Rumänien und später auch in anderen Ländern. Dies wurde ab 2004 durch die EU-Ost-Erweiterung noch verstärkt. Globale Zusammenarbeit, strategische Allianzen, globale Märkte – diese Entwicklung erhielt mit dem

Begriff »Globalisierung« einen zukünftig prägenden Ausdruck. Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften gerieten massiv unter Druck. Tausende von Arbeitsplätzen gingen in Deutschland verloren, da die Unternehmer jetzt die Möglichkeit hatten, mit Produktionsverlagerungen zu drohen, um so Zugeständnisse der Betriebsräte und Gewerkschaften zu erzwingen. In zahlreichen Betrieben hieß es: »Entweder Betriebsrat und IG Metall stimmen Lohnsenkungen und Verlängerungen der Arbeitszeit zu, oder die Produktion wird nach Osteuropa verlagert.« Dies führte in zahlreichen Betrieben zu heftigen Konflikten.

Parallel dazu kam es Mitte der 1990er Jahre zu einer grundsätzlichen Umorientierung der Wirtschaftspolitik. Das neue Leitbild wurde als »Neoliberalismus« bezeichnet und umfasste beispielsweise

- den umfassenden Abbau von sozialen Leistungen und die tendenzielle Abkehr vom Sozialstaatsprinzip;
- die weitgehende Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Unternehmen (»Privat geht vor Staat«);
- die grundsätzliche Ausrichtung der Politik an der Logik der Märkte, bei möglichst geringer staatlicher Regulierung;
- den Abbau von gesetzlichen und tariflichen Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt;
- den Abbau von Regulierungen für die Finanzmärkte und die Einführung von spekulativen Finanzprodukten (»Finanzmarkt-Kapitalismus«);
- die konsequente Orientierung der Unternehmenspolitik an den Interessen der Aktionäre (der »Shareholder«). Zielsetzung des »Shareholder-Value-Kapitalismus« war eine Steigerung der Profite, die für jedes Quartal realisiert und ausgewiesen werden sollten;
- Aktivitäten sogenannter Hedge-Fonds, die mit aggressiven Renditezielen Unternehmen aufkaufen und nach einigen Jahren wiederverkaufen.

Vor diesem Hintergrund sind Angriffe der Arbeitgeberverbände auf tarifliche Leistungen und den Flächentarifvertrag zu sehen, die in einer bisher nicht dagewesenen Aggressivität vorgebracht wurden. Die Gewerkschaften hatten massive Abwehrkämpfe zu bestehen. Die gegensätzlichen Interessen von Unternehmern und Belegschaften standen sich unmittelbar gegenüber: Steigerung der Rendite gegen gute Entgelt- und Arbeitsbedingungen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die zunehmende Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz führten zu einem aggressiven Verhalten der Unternehmer und ihrer Verbände. Der damalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, formulierte 1993 brutal: »Wir müssen die Krise nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif.«

Angriffe auf die Tarifverträge

Waren schon zu Beginn der Ära Kohl Anfang der 1980er Jahre erste Vorschläge und Artikel gegen das System der Flächentarifverträge erschienen, so wurde Anfang der 1990er Jahre konkret gegen das System der Flächentarifverträge »geschossen«. Dies führte nicht nur in der Metallindustrie zu massiven Tarifaueinandersetzungen.

Der Flächentarifvertrag unter Beschuss

Die jahrelange Kampagne gegen das System der Flächentarifverträge wurde getragen von großen Teilen der Unternehmer, an der Spitze der Bundesverband der Industrie (BDI), sowie von Politikern der CDU und FDP, einzelnen Wissenschaftlern und der Wirtschaftspresse.

Die Position der Arbeitgeberverbände war durchaus differenziert. Gesamtmetall und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) traten für eine grundsätzliche Beibehaltung der Flächentarifverträge ein, jedoch auf wenige Kernregelungen beschränkt. Alle darüberhinausgehenden Regelungen sollten durch Betriebsvereinbarungen oder individuell im Arbeitsvertrag geregelt werden. Mehrere Mitgliedsverbände von Gesamtmetall gründeten »OT-Verbände« (OT = ohne Tarifvertrag). Die Geschäftsführung von NiedersachsenMetall trat entschieden für den Flächentarifvertrag ein. Deshalb wurde in dieser Zeit kein OT-Verband gegründet, sondern erst sehr viel später. Außerdem wurden keine Firmen mit einem OT-Status in den Arbeitgeberverband aufgenommen. Eine grundsätzliche Abschaffung des Systems der Flächentarifverträge forderte dagegen der Bundesverband der Industrie (BDI), allen voran ihr Präsident Hans-Olaf Henkel. Die Stimmungsmache gegen den Flächentarifvertrag hatte praktische Auswirkungen in der Metallindustrie, was an drei Beispielen deutlich wird.

1993: Bruch des Stufentarifvertrages in Ostdeutschland: Streik in Sachsen

Unmittelbar nach der Deutschen Einheit wurde in allen ostdeutschen Tarifgebieten ein sogenannter Stufentarifvertrag vereinbart, nach dem die Entgelte in Ostdeutschland in fünf Stufen an das Niveau der westdeutschen Tarifverträge herangeführt werden sollten. In einem bisher beispiellosen Schritt kündigten die ostdeutschen Arbeitgeberverbände 1993 diesen Stufentarifvertrag rechtswidrig während der Laufzeit »aus besonderem Grund«. Dieser Rechtsbruch markiert eine neue Qualität im Verhalten der Arbeitgeberverbände. Die IG Metall beschloss, zunächst in den Tarifgebieten Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und der ostdeutschen Stahlindustrie zu streiken. Am Ende des elftägigen Streiks stand ein Kompromiss. Der Stufentarifvertrag wurde um zwei Jahr gestreckt: Bis zum Jahr 1996 sollten die ostdeutschen Entgelte angeglichen sein. Darüber hinaus wurde eine sogenannte Härteklausele vereinbart, nach der für Betriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten betriebliche Ergänzungs-Tarifverträge vereinbart werden konnten.

1994: Angriffe auf Urlaubsgeld und Urlaub: Urabstimmung in Niedersachsen

In der Tarifrunde von 1993/1994 gingen die Arbeitgeberverbände in die Offensive. Noch bevor die IG Metall die Lohn- und Gehaltstarifverträge gekündigt hatte, kündigten die Verbandsvertreter alle Regelungen zum Urlaub und zum Urlaubsgeld im Manteltarifvertrag. Darüber hinaus forderten sie, dass die IG Metall ohne Tarifforderung in die kommenden Tarifverhandlungen gehen sollte. Ein für West-Deutschland bisher einmaliger Vorgang.

Im November 1993 forderte die IG Metall eine Tariferhöhung von 5,8%, konkrete Regelungen zur Beschäftigungssicherung und die gekündigten tariflichen Regelungen zum Urlaub und zum Urlaubsgeld unverändert wieder in Kraft zu setzen. Die Arbeitgeber forderten die vollständige Streichung des zusätzlichen Urlaubsgeldes in Höhe von 50% eines Monatsverdienstes, die Kürzung der Urlaubsdauer bei Krankheit und eine »Nullrunde« bei den Tariferhöhungen.

Kurz nach Ende der Friedenspflicht, rief die IG Metall zu Warnstreiks auf. An der ersten Warnstreikwelle beteiligten sich über 33.000 Kolleginnen und Kollegen. In Hannover waren folgende Betriebe bei den Warnstreiks dabei:

- ABB
- MTU
- SEL
- Nass
- VDO
- Sensycon
- Mannesmann-Demag
- Sorst
- Alcatel kabelmetal
- Krupp
- Gildemeister
- Dörries- Scharmann (Ex-Wohlenberg)
- SPT
- TRW
- Haku
- Körting
- Kone-Aufzug
- Schörling
- Wabco
- Berstorff
- Hanomag Henschel
- Schmidding
- TTG und TCE (Ex-Telefunken)
- VAW-Leichtmetall
- Renk
- Meinecke
- MAN-Laatzen
- Pietsch
- G.+F. Strate
- Troester
- Siemens.

Die Belegschaften der meisten dieser Betriebe traten am 16. Februar 1994 erneut in den Warnstreik. In Hannover wurden die Beschäftigten aus 40 Betrieben mit Straßenbahnen und Bussen zum Kundgebungsplatz vor der Oper gefahren. Mit 6.000 Teilnehmenden war es wohl die größte Warnstreik-Kundgebung der IG Metall, die Hannover je gesehen hat.⁷

Am 19. Februar fand in Hannover in der Eilenriede-Halle eine Großveranstaltung statt, auf der neben dem Bezirksleiter Jürgen Peters, der IG Metall Vorsitzende Klaus Zwickel sowie der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder redeten. Als es zu keinem Fortschritt der Verhandlungen führte, beantragten alle Tarifgebiete beim IG Metall-Vorstand die Durchführung der Urabstimmung. Zur großen Überraschung beschloss der Vorstand: Erstmals sollte die Urabstimmung und ein möglicher Streik in Niedersachsen stattfinden. Bei

⁷ Dieter Dicke, zitiert nach IG Metall Bezirksleitung Hannover, Tarifflyblatt vom 22. Februar 1994

der ersten Urabstimmung stimmten 92% der IG Metall Mitglieder für den Arbeitskampf. Der Streik sollte am Montag, dem 7. März 1994 in 22 Betrieben beginnen. Aus Hannover waren dies Berstorff, Mannesmann-Rexroth, Renk und Meinecke.

Am Wochenende kam es kurz vor Streikbeginn in Hannover zu zentralen Verhandlungen des IG Metall Vorstandes und Gesamtmetall. Dabei wurde ein Verhandlungsergebnis erzielt, das ohne die überzeugende Streikandrohung nie hätte erreicht werden können. Die wichtigsten Ergebnisse waren:

- Tariferhöhung von 2%.
- Die Regelungen zu Urlaub und Urlaubsgeld werden unverändert wieder in Kraft gesetzt.
- Zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen kann die Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden abgesenkt werden. Der Ausgleichszeitraum bei einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung wird von sechs auf zwölf Monate erhöht.
- Auszubildende werden für mindestens sechs Monate nach Ende der Ausbildung übernommen.
- Die für 1994 vereinbarte Erhöhung des Weihnachtsgeldes wird auf 1995 verschoben, die Höhe des Weihnachtsgeldes für drei Jahre »eingefroren« und Mehrarbeitszuschläge bei der Berechnung des Weihnachtsgeldes nicht mehr berücksichtigt.
- Für Niedersachsen wurde zusätzlich vereinbart: Die Einführung des Monatslohns ab 1. Januar 1995 sowie eine Verhandlungsverpflichtung zu einem gemeinsamen Manteltarifvertrag.

Trotz berechtigter Kritik, dass das Verhandlungspaket kurz vor Streikbeginn vereinbart wurde, fanden die Ergebnisse bei den IG Metall-Mitgliedern und den Betriebsräten eine hohe Akzeptanz. In der zweiten Urabstimmung stimmten 63% für die Annahme des Tarifergebnisses. In Hannover wurde dieser Tarifvertrag sofort bei der Fa. Berstorff umgesetzt. Durch die Einführung der 32-Stunden-Woche konnten dort 140 Entlassungen vermieden werden.

Der Verlauf der Tarifrunde hatte gezeigt, dass die IG Metall auch in Krisenzeiten handlungs- und streikfähig ist. Damit hatten viele Arbeitgeber nicht gerechnet. Sie glaubten, die Beschäftigten seien durch Angst und Unsicherheit um ihren Arbeitsplatz nicht zu Streiks bereit. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde eine Urabstimmung nicht in Baden-Württemberg, sondern in Niedersachsen durchgeführt. Damit hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen IG Metall und Unternehmern in Niedersachsen entscheidend gewandelt. Die meisten Unternehmer erkannten, dass sie sich nicht auf Dauer »hinter Baden-Württemberg verstecken« konnten, sondern auch zukünftig mit ernstgemeinten Streikdrohungen der IG Metall rechnen mussten. Diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses kam der IG Metall, beim Konflikt um die Lohnfortzahlung zwei Jahre später zugute.

1996: Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – Pilotabschluss in Niedersachsen

1996 verschlechterte die Bundesregierung trotz der Proteste der Gewerkschaften das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Lohnfortzahlung wurde von 100% auf 80% gekürzt. Die IG Metall machte deutlich, dass die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht nur im Gesetz, sondern auch in den Manteltarifverträgen geregelt ist. Nach ihrer Auffassung waren dies eigenständige Regelungen. Die Arbeitgeberverbände behaupteten, die tariflichen Regelungen zur Lohnfortzahlung würden nur auf das jeweilige Gesetz verweisen. Der

Verband der Metallindustriellen Niedersachsen empfahl seinen Mitgliedsfirmen, ab dem 1. Oktober 1996 nur 80% des Lohns bei Krankheit zu zahlen. Etliche Firmen folgten dieser Empfehlung des Arbeitgeberverbandes nicht. Neben Volkswagen und Preussag war dies in Hannover zunächst die Deutsche Messe AG. Zudem kündigten die Arbeitgeberverbände erneut die Regelungen zum Urlaub, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld. Es folgten zahlreiche regionale Verhandlungen und Spitzengespräche, die von vielen Protestaktionen begleitet waren. So streikten am 24. Oktober 1996 bundesweit 400.000 Metallerinnen und Metaller. In Hannover waren dabei die Belegschaften von Wabco, MRP, Bucher Schörling, Körting, Berstorff, Alcatel Kabel, Renk, MAN, Schmidding, TTG, VAW und AVH.

Vor dem Hintergrund dieser Protestaktionen gelang in Hannover der Durchbruch.⁸ In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember konnte nach 13-stündigen Verhandlungen in Niedersachsen ein Pilotabschluss erzielt werden, der dann bundesweit übernommen wurde. Dabei wurde von Gesamtmetall und den süddeutschen Arbeitgeberverbänden massiv versucht, den Abschluss zu verhindern. Doch in diesem Fall war der niedersächsische Arbeitgeberverband mutig genug, eigene Wege zu gehen. Die Unternehmer in Niedersachsen waren erleichtert, dass ihre Betriebe nicht durch einen Streik betroffen wurden. In Süddeutschland dagegen wurde von den Arbeitgebern heftige Kritik geäußert. Der Vorstandsvorsitzende von Siemens, Heinrich von Pierer, forderte gar »den Kopf« des niedersächsischen Hauptgeschäftsführers. Letztendlich durfte Dietrich Kröncke aber seinen Kopf behalten.

Die politische Bedeutung des Hannoveraner Pilotabschlusses liegt darin, dass es der IG Metall gelang, eine gesetzliche Verschlechterung auf der tariflichen Ebene zu durchkreuzen. Allgemein wurde der Abschluss als Niederlage der CDU-FDP-Bundesregierung und von Bundeskanzler Helmut Kohl gewertet. Die »Frankfurt Allgemeine Zeitung« kommentierte: »Hundert Prozent Lohnfortzahlung für Kranke. Dieses Ziel ist erreicht; die IG Metall hat gesiegt«.⁹

Situation in den Betrieben

Fa. kabelmetal, früher Hackethal, später Nexans

Auf S. XXX wurde die Situation bei Hackethal nach 1945 beschrieben. Der wirtschaftliche Aufschwung der Firma war in den nächsten Jahren beeindruckend. Ab Ende der 1980er Jahre geriet das Werk in den Strudel von Verkäufen und Aufspaltungen. In dieser Zeit wechselte ständig der Name des Unternehmens.

1967 fusionierten die beiden Tochtergesellschaften des Konzerns »Gutehoffnungshütte (GHH)«, die Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke (OKD) und die Hackethal AG zur »Kabel- und Metallwerke AG«, kurz kabelmetal. Der Unternehmensname ist aus der auf zehn Stellen begrenzten Telegrafienadresse »kabelmetal« abgeleitet. Innerhalb des GHH-Konzerns waren gezielte Zukäufe maßgeblich: so z.B. Büssing, MAN-Roland und MTU. Mit der Übernahme

⁸ IG Metall Bezirksleitung Hannover (1997): Denn sie wissen, was sie tun – Das Beispiel Lohnfortzahlung, S. 55-63

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Dezember 1996, S. 1

der MAN wurde die GHH Sterkrade AG endgültig zum größten Maschinenbaukonzern in Europa. Von den ca. 80.000 Beschäftigten entfielen allein rund 60.000 auf die MAN und deren verbundene Unternehmen. Als diese zu Beginn der 1980er Jahre in eine schwere Krise geriet, legte der damalige GHH-Chef Manfred Lennings ein Sanierungskonzept vor, das nicht nur den Rauswurf des bisherigen MAN-Vorstandes vorsah, sondern mittelfristig auch eine vollständige Verschmelzung der bisherigen Tochter in den Mutterkonzern.

Bestandteil dieses Sanierungskonzeptes war die Trennung der Metall- und Elektroaktivitäten der Kabel- und Metallwerke mit seinen vier Hauptwerken in Hannover, Nürnberg, Osnabrück und Schladern. So wurden zum 1. Juli 1981 die Kabel- und Leitungsaktivitäten in Hannover, Nürnberg und Osnabrück sowie den weiteren Standorten in Floss, Kuppenheim und Stadthagen als »kabelmetal electro GmbH« verselbständigt. Bereits zum 1. Januar 1982 wurde die »ke GmbH« mehrheitlich von der französischen »CDL Les Cables de Lyon« übernommen. CDL war wiederum eine 100%-Tochter der CGE = Compagnie General Electric, die Mitte der 1980er Jahre mit Teilen des ITT-Konzerns zur Gründung bzw. Neufirmierung des Alcatel-Konzerns führte. Bis ca. 1990 wurde die kabelmetal electro GmbH zu einem führenden Unternehmen in der Energie- und Nachrichtentechnik. Sie verfügte über sieben inländische Werke und Beteiligungen an zahlreichen in- und ausländischen Unternehmen.

Nach dem Zukauf der Kabelrheyd AG (ehemals AEG-Kabel) 1992 erfolgte der Zusammenschluss unter dem Dach der Alcatel Deutschland GmbH die Gründung der »Alcatel Kabel-Beteiligungs AG«, deren Produktpalette von den Kabeln über Mobilfunkantennen bis zur Autoelektrik reichte. Unterschiedliche Gründe für wirtschaftliche Schwierigkeiten ab Mitte der 1990er Jahre führten zu Konzentrationen, Unternehmenszukaufen zwecks Marktberreinigung, Ausgliederungen und Werkschließungen mit zahlreichen Entlassungen.

Nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und der in den folgenden Jahren laufenden Auseinandersetzung um die Abgrenzung leitender Angestellter wurde unter massiver Unterstützung der Personaldirektion die Gründung der »unabhängigen Kabelmetaller« als gegnerische Liste zur IG Metall Liste bei den Betriebsratswahlen ab 1978 veranlasst. Mit ihrem sozialpartnerschaftlicher Handlungsansatz agierte sie insbesondere gegen gewerkschaftlich organisierte Streikaktionen in der Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stundenwoche und richtete sich massiv gegen die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben.

Aus dem ursprünglichen Betrieb wurden mehrere rechtlich selbständige Gesellschaften ausgegliedert: Ke-Kommunikations-Elektronik GmbH, ke-Rohrsysteme und Umwelttechnik GmbH, Alcatel Cable Contracting GmbH, der Trommelbau mit anschließendem Verkauf an die Fa. Hildebrandt, und Ende der 90er Jahre die Ausgründung des Hochfrequenz-Kabelbereichs als RFS-GmbH. Das RFS-Logo war schon über viele Jahre als Markenname weltweit bekannt. In den 1990er Jahren erfolgte eine beispiellose Phase von Werkschließungen mit einem Personalabbau von über 8.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. In der Zeit von Dezember 1991 bis Dezember 1999 wurden 700 Arbeitsplätze im Werk Hannover abgebaut. Von 1.845 Arbeitsplätzen blieben nur 1.145 übrig (Fortsetzung des Firmenportraits auf S. XXX).

Fritz Cichy¹⁰

¹⁰ Zeitzeugengespräch mit Fritz Cichy

* 6. Oktober 1930 in Breslau, dem heutigen Wrocław

Betriebsratsvorsitzender Kabelmetal

Fritz Cichy ging von 1936 bis 1942 zur Schule. Kriegsbedingt evakuiert schloss er die 8. Klasse der Volksschule in Chedau im Sudetenland ab. Nach dem Einzug amerikanischer Truppen ging es zu Fuß zurück nach Breslau. Mit Genehmigung der Eltern machte er sich im Alter von 15 Jahren mit einem Freund auf die Reise Richtung Westen.

Fritz erinnert sich: »Da wir kein Geld hatten, sind wir schwarz Richtung Zonengrenze gefahren. Wir mussten mehrmals Güterzüge wechseln, ohne vom Bahnpersonal bemerkt zu werden.« Über Görlitz ging es Richtung Bayern. Fritz weiter: »Wir wollten nach Hamburg und auf einem Schiff anheuern. Im Oktober 1945 fuhren wir schwarz über Hof, Bamberg, Bayreuth, Würzburg und Kassel gen Norden. In Kassel wurden wir vom Zugpersonal geschnappt und in Hannover dem Jugendamt übergeben. So landeten wir im Stephansstift und bekamen jeder einen Vormund. Ich bekam den Landesoberinspektor Thieme, der mich dann zu Bauer Herbst in Degersen vermittelte. Manfred kam zum Nachbarbauern.«

Von 1946 bis 1949 machte Fritz in Hannover eine Bäckerlehre und wurde Mitglied der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Er arbeitete zunächst weiter als Bäcker und fing 1952 bei der Firma Hackethal an, der späteren Kabelmetal bzw. Nexans. Dort arbeiteten damals schon ca. 2.000 Menschen. Fritz Cichy arbeitete zunächst im Leitungswerk, später in der Rohrfertigung und dann im Drahtzug. 1977 wurde Fritz als Vertrauensmann der IG Metall und 1978 erstmals in den Betriebsrat gewählt und 1981 Betriebsratsvorsitzender. Vorher hatte es heftige Auseinandersetzungen mit einer »gelben Gewerkschaft« gegeben, die massiv von der Geschäftsleitung unterstützt wurde.

Fritz erinnert sich: »Das war eine extreme Situation mit unerwarteten Anforderungen, da im gleichen Jahr auch die Ausgliederung der Elektro Aktivitäten in eine eigene GmbH und zum Jahreswechsel der Verkauf an einen französischen Konzern folgte. Dazu hatten wir noch die ständigen Auseinandersetzungen mit den Gelben. Viele Seminarbesuche und ein geschlossenes Team der IGM-Fraktion haben mir den Rücken gestärkt. Es folgte dann Ende der 1980er die Übernahme des GBR-Vorsitzes und Anfang der 90er Jahre nach Gründung der Alcatel zusammen mit Alois Süß, dem GBR-Vorsitzenden der SEL, die Vorbereitungen zur Gründung eines Euro-Betriebsrates.« In dieser Zeit war Fritz Cichy Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall Hannover, Arbeitskreisleiter der Bildungsvereinigung »Arbeit und Leben« und Mitglied im Aufsichtsrat des Unternehmens. 1993 ging er mit 63 Jahren in Rente und lebt heute in Hannover.

Im hannoverschen Stadtteil Kleefeld liegt in der Nähe des Mittellandkanals die Firma KraussMaffei Extrusion GmbH, wie der hannoversche Traditionsbetrieb Berstorff heute heißt. Das Verwaltungshochhaus ist schon von Weitem zu sehen.

KraussMaffei Extrusion GmbH (ehemals Berstorff)

Hier arbeiten heute über 600 Beschäftigte, die Anlagen zur Kautschuk- und Kunststoffverarbeitung entwickeln und herstellen – sogenannte Kalander und Extruder. Die

Firma gehört zu den weltweit führenden Unternehmen dieser Branche und hat einen hohen Exportanteil.

Der Betrieb ist ein hannoversches Traditionsunternehmen. Berstorff war und ist in all den Jahren ein gewerkschaftlich gut organisierter Betrieb mit aktiven Vertrauensleuten und einem aktiven Betriebsrat. Die Betriebsratsvorsitzenden hießen Willi Orczykowski, Karl Heinz Hesse, Günter Fechner und heute Clars Kudla. Auf dem Betriebsgelände von Berstorff stand ein großer Kastanienbaum. Karl-Heinz Hesse erinnert sich dazu: »Beim Warnstreik oder bei spontanen Aktionen haben wir uns immer ›unter der Kastanie‹ getroffen. Wenn irgendwas war, wurde es mit Mundpropaganda im Werk verbreitet: ›Um 11 Uhr unter der Kastanie‹. Und alle sind dann gekommen.«

Nach der Wende brachen ab 1990 die für Berstorff wichtigen Absatzmärkte in Osteuropa weg und es kam zu einem schrittweisen Personalabbau von ca. 1.000 auf ca. 700 Beschäftigte. 1991 gab es Massenentlassungen im Rahmen eines Sozialplans. 1994 hat der Konzern Krauss-Maffei die Firma »Hermann Berstorff Maschinenbau GmbH« übernommen. An Kraus-Maffei war der Mannesmann-Konzern mit über 50% beteiligt. Somit wurde Berstorff in die Mannesmann-Gruppe integriert. 1997 ist Berstorff dann in die »Mannesmann-Plastic-Machinery AG (MPM)« eingegliedert worden. Damals arbeiteten dort 570 Beschäftigte. MPM wurde für mehrere Jahre vom britischen Investmentfonds KKR übernommen. 2007 wurde die MPM aufgelöst, wobei Berstorff Teil des Krauss-Maffei-Konzerns blieb.

2016 wird die Krauss-Maffei AG vom chinesischen Unternehmen ChemChina übernommen und die ehemalige Firma Berstorff firmiert heute als KraussMaffei Extrusion GmbH. 2019 kündigte das Unternehmen an, dass in Laatzen bei Hannover ein neuer Betrieb errichtet wird. Die Grundsteinlegung war im Jahr 2020. Im Jahr 2022 wird das Unternehmen mit allen Beschäftigten von Hannover-Kleefeld nach Laatzen umziehen.

Karl Heinz Hesse¹¹

* 24. Januar 1936 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Fa. Berstorff, heute KraussMaffei Extrusion GmbH

Die Mutter von Karl Heinz Hesse kam bei einem Bombenangriff ums Leben und sein Vater starb als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Karl-Heinz wuchs zusammen mit seinem Bruder als Vollwaise bei seiner Tante in Hannover auf. Nach der Schule absolvierte er bei der Firma Berstorff eine Lehre als Maschinenschlosser. 1957 trat er in die IG Metall ein.

Nach der Ausbildung arbeitete er zunächst als Maschinenschlosser und dann als technischer Zeichner. Mitte der 1950er Jahre machte er einen aus heutiger Sicht ungewöhnlichen Schritt: Er wechselte auf eigenen Wunsch vom technischen Zeichner zum Bohrwerksdreher, weil die Bohrwerksdreher wesentlich mehr verdienten. Das lag daran, dass diese in den oberen Lohngruppen eingruppiert waren und im Akkordlohn arbeiteten. Bei Berstorff wurde im Akkord durchschnittlich 150% des Tariflohns verdient. Letztlich wurde diese Akkord-Praxis aber vom Unternehmen geduldet, da sie auf die spezialisierten und hoch qualifizierten Bohrwerksdreher angewiesen waren. Nachdem er vorher mehrere Jahre Vertrauensmann

¹¹ Zeitzeugengespräch mit Karl Heinz Hesse

der IG Metall gewesen war, wurde Karl Heinz 1963 erstmals in den Betriebsrat gewählt. Ab 1987 war er stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. 1990 wurde er Betriebsratsvorsitzender – als Nachfolger von Willi Orczykowski (zu diesem siehe S. XXX).

1994 kam es in der niedersächsischen Metallindustrie zu einer Urabstimmung. Aufgrund des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrads gehörte Berstorff zu den vier Hannoveraner Betrieben, in denen der Streik beginnen sollte. Alles war für den Streik vorbereitet. Dazu erinnert sich Karl Heinz Hesse: »Wir hatten eine Sitzung im Technologie-Ausschuss. Plötzlich kam ein Anruf vom Pförtner. Hier sollen von der IG Metall ein Container und Dixi-Klos aufgestellt werden. Das geht doch nicht. Ich habe gesagt: Warten sie, ich komme runter. Ich habe den Direktor Syrbius angerufen und ihm erklärt, dass ich den Container und die Dixi-Klos direkt vor der Einfahrt aufstellen lasse, so dass keiner mehr in den Betrieb kommt. Das wollte er dann doch nicht und er hat dann zugestimmt, dass dies auf dem Betriebsgelände aufgestellt wurde. Er hat uns sogar mit dicken Kabeln einen Stromanschluss für das Streiklokal im Container verlegen lassen.«

Am Montag sollte der Streik losgehen. Am Samstagmorgen kam ein Anruf: In der Nacht war ein Durchbruch erzielt worden und am Samstagmorgen traf sich die Tarifkommission, die das Verhandlungsergebnis annahm und darüber eine zweite Urabstimmung beantragte. Dazu Karl Heinz Hesse: »Wir haben bei Berstorff auf der Grundlage des neuen Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung als erste eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Zunächst wollte die Geschäftsführung dies nicht vereinbaren, sondern im Rahmen eines Sozialplans Arbeitsplätze abbauen. Als der Tarifabschluss kam, haben wir dann gleich den Tarifvertrag umgesetzt. Wir konnten durch die Einführung der 32-Stunden-Woche 140 Arbeitsplätze retten und den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis zum 31.12.1995 vereinbaren. Der Tarifvertrag sah vor, dass die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgt. Wir haben das Urlaubs- und Weihnachtsgeld anteilig auf die Monate umgelegt, so dass das Monatsentgelt konstant blieb. Auch wenn dies für die Belegschaft einen finanziellen Einschnitt bedeutete, wurde diese Maßnahme von der Belegschaft akzeptiert. Alle waren sich einig, diesen Weg zu gehen. Es ging halt um unsere Arbeitsplätze.« 1998 kandidierte Karl-Heinz nicht mehr zum Betriebsrat und schied dann aus dem Unternehmen aus. Er lebt heute in Hannover.

Wer in Hannover die Hildesheimer Straße stadtauswärts fährt, sieht auf der linken Seite kurz vor Laatzen die Gebäude der Firma Troester.

Troester GmbH & Co. KG

Troester ist ein Betrieb des Maschinenbaus für die Gummi- und Kunststoffindustrie. 1892 wurde das Unternehmen gegründet und baute schon damals Walzwerke, Kalender und Spritzmaschinen für die Gummi-Verarbeitung. Es kam zu einem Aufschwung, da die Firma Lieferant für die aufstrebende Gummi-Verarbeitungsindustrie, insbesondere Continental, Dunlop, Phoenix war. 1943 erfolgt durch Bombenangriffe eine teilweise Zerstörung der Werksanlagen. 1945 ordnet die britische Militäradministration die Fertigstellung von bereits begonnenen Maschinen an. 1947 wird die Beschlagnahme durch die Briten aufgehoben und das Unternehmen stellt bei der »Export-Messe Hannover« aus. Seit 2016 ist das

Unternehmen in drei Geschäftsbereiche aufgeteilt: Kabel, Gummi und Materialaufbereitung. 2004 lag die Belegschaftsgröße bei 380 und im Jahr 2020 bei über 470. Das Unternehmen hat mehrere ausländische Tochtergesellschaften, so auch in China.

Troester war und ist seit langem stark exportorientiert. Die Exportquote liegt Jahr für Jahr zwischen 80 und 90% mit Schwerpunkt in Europa. In dieser Branche sind deutschland- und europaweit nur wenige Anbieter unterwegs, von denen zwei in Hannover angesiedelt sind – Troester und KraussMaffei Extrusions.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute von Troester und KraussMaffei sind sich aber nie als »Konkurrenten« begegnet. Vielmehr haben sie im Rahmen der örtlichen Gewerkschaftsarbeit einen solidarischen Austausch und eine gute Kooperation gesucht.¹² Dies zeigt sich u.a. an den einmal jährlich durchgeführten gemeinsamen Vertrauensleute-Wochenend-Klausuren. Langjähriger Betriebsratsvorsitzender war Wolfgang Gehring. Der heutige Betriebsratsvorsitzende ist Karsten Sohns.

Wolfgang Gehring¹³

* 14. Februar 1953 in Laatzen bei Hannover

Betriebsratsvorsitzender der Fa. Troester

Wolfgang Gehring wuchs in den ersten Lebensjahren mit zwei Geschwistern und seinen Eltern in einer Notunterkunft in Laatzen auf. Die Wohnverhältnisse waren beengt, ohne fließendes Wasser und WC. 1968 beginnt er eine Lehre als Blechschlosser bei Siemens in Hannover, die er 1971 im Alter von 18 Jahren erfolgreich beendet. Wolfgang: »Das Übernahmeangebot nahm keiner von uns Auslernern an, da uns das Lohnangebot zu niedrig erschien. Damals war die Arbeitslosigkeit mit 0,8% noch sehr gering und es gab überall Arbeit.« Er arbeitete in verschiedenen Hannoveraner Firmen und trat am 1. Mai 1977 bei Wabco in die IG Metall ein.

1978 fängt er bei der Fa. Troester im Süden von Hannover als Blechschlosser an. Troester war und ist Systemlieferant für die Gummi- und Kunststoff- Industrie und hatte damals ca. 280 Beschäftigte, von denen 60% Angestellte waren. Damals betrug die Ausbildungsquote ca. 12%, wurde aber in den Folgejahren kontinuierlich abgebaut. Die Belegschaft nahm schrittweise zu – 1993 waren es 350 Beschäftigte. Bereits Anfang 1979 wurde Wolfgang zum Vertrauensmann der IG Metall und 1981 zum Vertrauenskörperleiter gewählt. Dieses Amt übte er bis 1991 aus. 1984 kandidierte er erstmalig und erfolgreich für den Betriebsrat. Im Rahmen der Organisationswahlen 1984 wurde er in die Vertreterversammlung der IG Metall Hannover gewählt, der er bis Ende 2004 angehörte.

Die fast 21 Jahre währende Betriebsratstätigkeit empfindet Wolfgang rückblickend als eine sehr spannende und herausfordernde Zeit, in der die Interessenvertretung auch einige gewerkschaftspolitische Erfolge erzielte. »Die ersten sieben Jahre als normales Mitglied, danach sieben Jahre als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und dann, – mit 45 Jahren – 1998, sieben Jahre als freigestellter Betriebsratsvorsitzender. Der Organisationsgrad lag bei unter 30%. Als wir um 1980, im Rahmen der »neuen Beweglichkeit« von der IG Metall im

¹² Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Gehring

¹³ Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Gehring

Tarifkonflikt erstmals zum Warnstreik aufgerufen wurden und vor das Werkstor mobilisierten, waren wir nur ein ›Bäckerdutzend‹. Im Laufe der Jahre veränderte sich die Haltung zur Gewerkschaft – der Organisationsgrad erhöhte sich, die Teilnahme an Warnstreik vervielfachte sich. Selbst unorganisierte Angestellte kamen mit raus. Den Organisationsgrad konnten wir im Lauf der Jahre signifikant steigern, so dass wir 1994 von der IG Metall als streikfähiger Betrieb eingestuft wurde.«

Wolfgang gehörte 15 Jahre, von 1990 bis 2005 der IG Metall-Tarifkommission an. Acht Jahre war er ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Hannover. Von 2000 bis 2005 war er Mitglied des Ortsvorstandes der IG Metall Hannover. Als Bildungsreferent zog es ihn 2005 zunächst fünfeinhalb Jahre in das IG Metall Bildungszentrum nach Sprockhövel, danach sechs Jahre in die Heimvolkshochschule Springe, beides mit dem Schwerpunkt tarifpolitische Seminare. Er lebt heute in Gehrden.

In Laatzen bei Hannover liegen östlich vom Messegelände die Werkhallen und Büros der Firma Renk. Dies ist einer der Standorte der Augsburger Renk AG. Das Werk hat eine lange Tradition.

Renk AG, ehemals Eisenwerk Wülfel (EWW)

Ursprünglich 1882 als »Hannoversche Messing- und Eisenwerke« gegründet, firmierte der Betrieb ab 1893 als Eisenwerk Wülfel (EWW) und produzierte Transmissionen. In der Zeit nach 1945 konzentrierte sich die Produktion auf Gießereimaschinen sowie auf Gleitlager und Kupplungen. Anfang der 1970er Jahre waren bei EWW ca. 1.200 Menschen beschäftigt.

1975 sollte die Produktion eingestellt werden. Es kam zu Protestaktionen der Belegschaft. Letztlich wurde aber ein Sozialplan ausgehandelt. Die Augsburger Firma Renk zeigte Interesse an der Übernahme einzelner Produktionsteile. Ein Teil der Belegschaft erhielt ein Übernahmeangebot. Es war im Sozialplan vereinbart, dass diese Kollegen lediglich die Hälfte der Abfindungen erhielten. Bei der Teilübernahme der Belegschaft ergaben sich natürlich Konkurrenzsituationen bei Kollegen, die kein Angebot von Renk erhielten und daher auf die Sozialplan-Leistungen zum Ende der übriggebliebenen Aktivitäten der Eisenwerke Wülfel vertröstet wurden. 1.000 Beschäftigte wurden über einen Sozialplan entlassen und 250 fanden einen neuen Arbeitsplatz bei der Renk AG, die Teil des MAN-Konzerns war. Die Firma Eisenwerk Wülfel meldete Ende 1975 Konkurs an. Die Firma Renk sah in der Produktionspalette von Gleitlagern und Kupplungen eine gute Ergänzung zu ihrem Getriebeprogramm. Heute arbeiten bei Renk in Laatzen ca. 300 Beschäftigte. Sie sind Weltmarktführer auf dem Gebiet der Gleitlager für Elektromaschinen, Maschinenbau und Schiffswellenlager. Im Jahr 2011 wurde Renk im Rahmen der MAN-Übernahme ein Teil des Volkswagen-Konzerns. Im Jahr 2020 wurde die Renk AG von einem amerikanischen Investmentfonds namens Triton übernommen.

Die zu großen Teilen in der IG Metall organisierte Belegschaft ist seit vielen Jahren bei Tarifaueinandersetzungen immer vorne dabei. Bei dem geplanten Streik im Jahr 1994 war der Betrieb einer von vier Hannoveraner Betrieben, die in der ersten Streikwelle starten sollten. 2018 führte die Belegschaft in der Tarifrunde einen 24-Stunden-Streik durch. Langjähriger Betriebsratsvorsitzender war Richard Behler. Heutiger Betriebsratsvorsitzender

ist Nicola Lopopolo, der auch ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Hannover ist.

Richard Behler¹⁴

*6. Oktober 1934 in Wernigerode

Betriebsratsvorsitzender Renk AG

Richard Behler besuchte in Wernigerode die Schule, absolvierte von 1949 bis 1952 im VEB Getriebewerk Wernigerode eine Lehre als Dreher und trat dort in die Gewerkschaft ein (den FDGB). Schon während der Ausbildung plante Richard, die DDR zu verlassen und nach Westen umzusiedeln. Er arbeitete noch bis 1955 in seinem Lehrbetrieb. Richard: »Dann bin ich abgehauen nach Hannover und habe in einem mittelständischen Betrieb, der Firma Ostermann in Hannover-Bemerode angefangen: für 1,80 DM die Stunde.« Bei der Fa. Ostermann ging er zum Vertrauensmann und Kassierer der IG Metall und erklärte seinen Übertritt zur IG Metall. Die Mitgliedszeit beim FDGB wurde angerechnet.

Im März 1956 wechselte er zum Eisenwerk Wülfel (EWW) in Bemerode, wo damals 2.000 Menschen arbeiteten. Durch Akkordarbeit und Wechselschicht verdiente er dann fast 3.- DM pro Stunde. Die Arbeitszeit betrug 46 Stunden pro Woche, wobei häufig Überstunden anfielen. Die Belegschaft war gut organisiert, im Betriebsrat waren sowohl Mitglieder der SPD als auch der KPD aktiv. 1972/73 wurde der Gießereimaschinenbau von Bemerode nach Laatzen verlegt. Damals waren es noch 1.200 Beschäftigte, die aber wegen schlechter Auslastung häufig in Kurzarbeit waren.

1975 sollte die Produktion eingestellt werden. Die Augsburger Firma Renk zeigte Interesse an der Übernahme einzelner Produktionsteile. Ein Teil der Belegschaft erhielt ein Übernahmeangebot. Auch Richard Behler nimmt im März 1975 ein Übernahmeangebot der Fa. Renk an. In der unmittelbar anschließend eingeleiteten Betriebsratswahl erhielt Richard die meisten Stimmen von sieben zu wählenden Betriebsratsmitgliedern und wurde zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Im Hauptsitz der Fa. Renk in Augsburg gab es schon seit vielen Jahren einen aktiven Betriebsrat, der die neugewählten Betriebsratsmitglieder des Renk-Standortes Hannover tatkräftig unterstützte. Es war in all den Jahren eine sehr solidarische und kollegiale Zusammenarbeit. So kam es auch dazu, dass Richard unmittelbar Mitglied des nun zu bildenden Gesamtbetriebsrates wurde und wenig später auch Mitglied des Konzernbetriebsrates und des Konzernbetriebsausschusses.

Richard Behler war für die SPD im Ortsrat in Bemerode aktiv und half bei der Vermittlung bei der Stadt Hannover für ein neues Betriebsgrundstück in Laatzen. 1997 kandidierte Richard nicht mehr zur Betriebsratswahl und ging in Rente. Sein Nachfolger wurde Nicola (»Nico«) Lopopolo. Heute lebt Richard in Hannover.

Das 2020 bezogene Gebäude der Siemens AG in Laatzen ist kein Produktionswerk, sondern eine Niederlassung: ein technischer Dienstleister für Gebäude-, Elektro-, Kraftwerkstechnik, für Energieversorgung-, Automatisierungs- und Medizintechnik und vieles mehr.

¹⁴ Zeitzeugengespräch mit Richard Behler

Siemens AG, Niederlassung Hannover

Siemens ist heute einer der größten deutschen Konzerne mit dem Hauptsitz in München. Der Konzern hat eine lange Geschichte, auch in Hannover. In den Protokollen der ersten Gewerkschaftssitzungen der IG Metall in den Jahren 1946/47 sind Betriebsräte sowohl für Siemens & Halske als auch für Siemens Schuckert erwähnt.

1980 arbeiteten bei Siemens Hannover rund 3.000 Beschäftigte. Danach startete der Siemens Vorstand ein Programm zum massiven Arbeitsplatzabbau. Die Siemens Werke und Niederlassungen waren seit Beginn der Bundesrepublik Mitglied in den metallindustriellen Arbeitgeberverbänden. Für alle Beschäftigten galten die regionalen Flächentarifverträge. Mitte der 1990er Jahre wurden bundesweit die Niederlassungen und so auch der Standort Hannover in unterschiedliche Gesellschaften zerschlagen. Danach gab es auf dem Werksgelände in Hannover sechs verschiedene Gesellschaften: Neben der Siemens AG waren dies Siemens Telekommunikations Service GmbH und Co KG OHG, Siemens Telekommunikations Vertrieb GmbH und Co KG, Siemens Electronic Design and Manufacturing Services GmbH und Co KG, Siemens Industrie Montage Service GmbH und Co KG und die Siemens Straßenverkehrs Service GmbH und Co KG.

Für die ca. 2.000 Beschäftigten der Siemens AG galten weiterhin die niedersächsischen Flächentarifverträge. Für die ca. 700 Beschäftigten der fünf ausgegliederten Gesellschaften galten modifizierte Tarifverträge, die sich an der bayrischen Metallindustrie orientierten, aber eine Arbeitszeit von etwa 37 Stunden vorsahen. Für neu eingestellte Beschäftigte in den fünf Gesellschaften ergaben sich dadurch auch niedrigere Monatsentgelte. Mitte der 2000er Jahre wurden die Ausgliederungen zurückgenommen; seitdem gelten allerdings die modifizierten bayrischen Metalltarifverträge für den gesamten Standort. In den letzten Jahren kam es zu einer generellen Aufteilung des Siemens-Konzerns. Die Tochtergesellschaften bekamen eigene Betriebsratsstrukturen. Heute arbeiten in Hannover ca. 700 Kolleginnen und Kollegen bei der Siemens AG sowie jeweils ca. 50 Beschäftigte bei Siemens Healthineers, Siemens Mobility und Siemens Energy.

Das Betriebsratsmitglied Joachim Ernerth war viele Jahre Mitglied der IG Metall-Ortsverwaltung Hannover. Die Betriebsratsvorsitzenden in den letzten Jahren waren Walter Kabisch, Günter Schock, Gerhard Müller-Timmermann, Marion Schulze und Klaus-Dieter Tönnies. Der derzeitige Betriebsratsvorsitzende ist seit 2007 Frank Wiese.

Klaus Dieter Tönnies¹⁵

*24. Dezember 1957 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Siemens Niederlassung Hannover

Am Heiligen Abend 1957 wurde Klaus Dieter Tönnies geboren. Nach der Schulausbildung begann er 1974 eine Ausbildung als Elektriker bei der Franke Elektrotechnik KG. Danach war er zwei Jahre bei der Bundeswehr und fing 1980 bei der Siemens AG in Hannover an. Er stieg

¹⁵ Zeitzeugengespräch mit Klaus Tönnies

in den Bereich Hochspannungstechnik in Umspannwerken bei den Energieversorgungsunternehmen im Raum Hannover ein. Zwei Jahre später wurde er Mitglied in der IG Metall.

»Weil ich mich für meine Kollegen einsetzte, sprach mich Jahre später der Betriebsrat Joachim Ernerth auf eine Seminarteilnahme an der Heimvolkshochschule in Springe an. Was ich nicht wusste: Die suchten Kandidaten für den Betriebsrat und haben mich dann gleich für die IG Metall Liste vorgeschlagen. So wurde ich am 1. Oktober 1990 in den Betriebsrat gewählt und war dann auch gleich freigestellt. Das ging damals alles ›Holterdiepolter‹. Natürlich wurde ich damit auch Vertrauensmann der IG Metall. Wir waren damals 23 Betriebsräte am Standort Hannover. Walter Kabisch war Betriebsratsvorsitzender. Es hat mir gleich viel Spaß gemacht, es waren alles sehr nette Kollegen.«

Klaus Tönnies hatte viele Konflikte in seiner Arbeit als Betriebsrat und Gewerkschafter zu führen. Er sagt: »Wir haben mit vielen Abteilungsversammlungen versucht, die Beschäftigten über die Verhandlungsstände auf dem Laufenden zu halten. Die IG Metall-Flugblätter haben uns dabei geholfen, die zu erreichen, die im Außendienst waren.« Mit Helm, gelber Öljacke und Sicherheitsschuhen besucht Klaus Baustellen an ICE-Trassen, die auch schon mal 400 Kilometer lang sind. Gearbeitet wird dort aber in der Regel nachts. Die Betreuung findet so unter widrigen Umständen, manchmal auch im strömenden Regen statt.

Betriebsversammlungen, mit diesen Kollegen, hat man dann in den Hinterzimmern der Gaststuben in den jeweiligen Dörfern gemacht. Da war er schon mal ein oder zwei Wochen unterwegs. »Das war mein Ding, mit den Leuten reden.«

Klaus Dieter Tönnies ist wahrscheinlich der erfolgreichste Werber für die IG Metall-Mitgliedschaft in ganz Hannover, wenn nicht in ganz Niedersachsen. Er hat Hunderte (!) Kolleginnen und Kollegen für die IG Metall geworben. Diese Selbstsicherheit spielt er auch an IG Metall-Ständen bei der Hannover Messe und der Cebit aus. Reihenweise warb er ihm völlig Unbekannte für die IG Metall. Auch im Ortsvorstand, dem er ab 2001 für zehn Jahre angehörte, beendete er einmal eine Diskussion um notwendige Neuaufnahmen für die IG Metall, mit einem »Packen« von 30 ausgefüllten Aufnahmescheinen.

Klaus übernahm im Laufe der Jahre weitere Aufgaben. So wurde er in den 2000er Jahren stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, zeitweilig auch Betriebsratsvorsitzender. Er gehörte von 1999 bis 2009 dem Prüfungsausschuss der Industrie- und Handelskammer für Elektroniker Anlagentechnik und Elektroniker Betriebstechnik an. Von 2003 bis 2014 war er als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Hannover, 2014 bis 2016 beim Landesarbeitsgericht tätig. Als Revisor kontrollierte er ab 2007 die Kasse der IG Metall Hannover. 2014 schied Klaus Tönnies aus dem Arbeitsleben aus und lebt heute in Hannover.

Volkswagen, Werk Hannover, Teil 3

Anfang der 1990er Jahre waren die Erinnerungen an über 10.000 Aufhebungsverträge in den 1970er Jahren verblasst. Die Beschäftigten fühlten sich von verschärften Wettbewerbsbedingungen in der Automobilindustrie kaum bedroht. Das korrespondierte wenig mit der Lebenswirklichkeit der Interessenvertretung. 1989 musste der Betriebsrat gegen seine Überzeugung erstmals der Einstellung von befristet Beschäftigten für den Anlauf des Transporters der 4. Generation (T4) zustimmen.

Vier Jahre nach Einführung der Kohlschen Gesetzesänderung waren die Dämme überall gebrochen. Dem T4-Anlauf 1990 gingen harte Kostensenkungsprogramme voran. Der spätere Betriebsratsvorsitzende Günter Lenz hatte dafür den Begriff »Knochen schaben« geprägt. Als große Herausforderung erwies sich auch die Produktionsstruktur des Standortes. Bereiche wie die Vormontagen, die Näherei oder die Kabelfertigung waren wegen ihres großen Anteils manueller Tätigkeiten mit den VW-Entgelten kaum noch wettbewerbsfähig. Von sozialer Brisanz war der hohe Frauenanteil im ansonsten männerdominierten Standort. Es war der Weitsicht der Interessenvertretung zu verdanken, sich nicht zu verkämpfen sondern einen zukunftsorientierten Wandel mit den Beschäftigten zu gestalten. Insbesondere in der Wärmetauscher-Fertigung fanden Betroffene in den 1990er Jahren einen neuen Arbeitsplatz. Einen Wandel gab es auch beim Betriebsrat. 1992 übernahm Siegfried Schinowski das Amt des Betriebsratsvorsitzenden, der diese Funktion bis 1998 ausübte.

Während der europäische Automobilssektor schon deutlich kriselte, erfreuten sich die Beschäftigten an einer guten Auftragslage durch den neuen Transporter, verstärkt durch den deutschen Vereinigungsboom. Doch damit war es 1993 endgültig vorbei. Volkswagen kam nun auch in schweres Fahrwasser. Die Standorte waren unterschiedlich betroffen. Schaudernd blickten die Beschäftigten nach Wolfsburg und Emden, wo Massenentlassungen diskutiert wurden. Auch in Hannover wurde schnell über 20 Tage Kurzarbeit vereinbart. In den sechs inländischen VW Werken waren über 30.000 Arbeitsplätze bedroht. In dieser Situation gelang es der IG Metall, einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung abzuschließen (4-Tage-Woche). Durch eine Absenkung der Arbeitszeit auf 28,8 Stunden pro Woche ohne vollen Entgeltausgleich konnten die geplanten Entlassungen vermieden werden. Damals war es absolutes Neuland, dass in einem Tarifvertrag der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen vereinbart wurde.

Da es im Werk Hannover keine Beschäftigungsprobleme gab, fühlten sich die Beschäftigten auch nicht bedroht. Deshalb kam der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wegen der Entgelteinbußen bei vielen Beschäftigten am Standort Hannover nicht gut an. Denn während andere VW Standorte unter Minderauslastung litten, nahm der T4 schon 1994 wieder an Fahrt auf. Mehrarbeit und Sonderschichten, aber auch die Einführung der Leiharbeit und der Einsatz von VW Beschäftigten aus Emden prägten in Hannover die zweite Hälfte der 1990er Jahre.

In jenen Jahren kämpften die Auszubildenden für den Erhalt der Ausbildungsplätze. Im Jahr 2006 konnte erstmals die Zahl der Ausbildungsplätze im Tarifvertrag festgeschrieben werden.

Bei den Betriebsräten und Vertrauensleuten vollzog sich zu dieser Zeit ein Generationswechsel. Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung versuchten, das zu kompensieren. So wurden die Umbrüche in der Fabrik durch gewerkschaftliche 3-Tage-Seminare wie »Fabrik 2000« oder »Neue Fabrik in alten Hallen« gewerkschaftlich kommuniziert und begleitet. Für potenzielle Nachwuchskräfte wurden mehrere Jahre lang Schulungsprogramme am Wochenende aufgelegt, die die Vertrauenskörperleitung, unterstützt durch die Ortsverwaltung, durchführte.

Seit der Gründung des Standortes hatte es im Werk wegen konkurrierender Listen nie eine Persönlichkeitswahl zum Betriebsrat gegeben. Die Beschäftigten eines Großbetriebes hatten durch die Listenwahl nur begrenzt Einfluss auf das jeweilige Betriebsratsratsmitglied aus ihrem Bereich. Diese Unzufriedenheit wollten 1998 Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung

und der Erste Bevollmächtigte der IG Metall endlich überwinden. Sie konnten zwar nicht die Wahlordnung aushebeln, aber sie wollten die Beschäftigten bei der Nominierung ihrer Bereichskandidaten beteiligen. Mit sehr großem Aufwand wurden dezentral über 30 Wahllokale von Vertrauensleuten besetzt, und zwar zwei Tage lang – zum Teil rund um die Uhr. Damit konnte jedes IG Metall-Mitglied, seine Bereichsfavoriten auf der Gesamtliste der IG Metall platzieren. Die IG Metall-Mitglieder honorierten diesen gewerkschaftlichen Kraftakt mit einer höheren Wahlbeteiligung und einem Zuwachs der IG Metall-Stimmen. Seitdem ist die Kandidatennominierung durch die Mitglieder – bundesweit eher eine Ausnahmeerscheinung – ein fester Bestandteil der gewerkschaftlichen Demokratie im Werk.

IG Metall im Bundesgebiet

Kurz nach der staatlichen Vereinigung beschloss die IG Metall auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag im November 1990 die Ausweitung ihrer Zuständigkeit auf Ost-Deutschland. Vorher hatte sich die ostdeutsche IG Metall im FDGB aufgelöst und ihren Mitgliedern empfohlen, in die bundesweite IG Metall einzutreten. Damit war die Gewerkschaftseinheit geschaffen und ab 1. Januar 1991 galt die neue Satzung der IG Metall. Im Frühjahr 1990 wurden die westdeutschen Tarifverträge im Rahmen eines Stufenplans auf Ost-Deutschland übertragen.

1993 musste der Erste Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, zurücktreten, weil er aufgrund von Informationen aus Aufsichtsratsstätigkeiten mit Aktien gehandelt hatte. Diese »Insidergeschäfte« sind nach dem Aktiengesetz verboten. Nachfolger wurde als Erster Vorsitzender Klaus Zwickel; neuer Zweiter Vorsitzender wurde Walter Riester. 1995 erregte Klaus Zwickel bundesweites Aufsehen mit seinem Vorschlag für ein »Bündnis für Arbeit«.

1997 wurden auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Zusammenschluss mit den Gewerkschaften »Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB)« im Jahr 1998 und der »Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)« im Jahr 2000 geschaffen. Die Fusion hatte für die IG Metall Hannover geringe Bedeutung, da hier nur wenige Betriebe der beiden Branchen existierten.

Als 1998 die SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Bundestagswahlen gewannen, ernannte Bundeskanzler Schröder den zweiten Vorsitzenden Walter Riester zum Arbeits- und Sozialminister. Nach internen, kontroversen Debatten wurde Ende 1998 der Hannoveraner Bezirksleiter Jürgen Peters als neuer Zweiter Vorsitzender gewählt. Ihm folgte als Bezirksleiter Hartmut Meine.

1998 beschloss der Gewerkschaftstag, die Satzung der IG Metall zu ändern. Seitdem können auch Studierende Mitglied der IG Metall werden, sofern sie ein Studienfach belegen, das eine spätere Tätigkeit im Zuständigkeitsbereich der IG Metall ermöglicht. Auf dieser Grundlage wurde die Studierendenarbeit der IG Metall bundesweit ausgebaut.

IG Metall in Hannover

1993 kam es zu einem Generationenwechsel in der Leitung der IG Metall. Der langjährige Bevollmächtigte Claus Wagner ging in den Ruhestand. Ihm folgte Dieter Dicke als Erster Bevollmächtigter. Als neuer Zweiter Bevollmächtigter wurde der bisherige Gewerkschaftssekretär Reinhard Schwitzer gewählt.

Dieter Dicke¹⁶

* 26. Mai 1942 in Hannover

Vertrauenskörperleiter bei Volkswagen, später Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover

Dieter Dicke absolvierte 1956 beim Straßenbauunternehmen Max Pietsch eine Ausbildung zum Bauschlosser. 1960 wechselte er ins Volkswagenwerk in Hannover-Stöcken und trat in die IG Metall ein. 1966 wurde er in der Abteilung »Kurbelgehäuse« zum Vertrauensmann der IG Metall gewählt. 1972 wurde er Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall-Verwaltungsstelle und 1973 als Sprecher der Vertrauenskörperleitung gewählt.

In seiner Zeit als VK-Leiter von 1973 bis 1978 prägte er mit seinem Beispiel eine selbstbewusstere Arbeit der Vertrauensleute (siehe S. XXX). Dazu gehörte auch der gesellschaftspolitische Blick über den betrieblichen Tellerrand. Nach der Abwahl von Heinz Hilbig als Betriebsratsvorsitzender wurde unter seiner Leitung die Arbeit der Vertrauensleute demokratischer und transparenter organisiert.

1978 wechselte Dieter als hauptamtlicher Sekretär in die IG Metall Hannover. Dort war er zunächst Kassierer, dann Zweiter Bevollmächtigter. Schließlich wurde er zum 1. Januar 1993 zum Ersten Bevollmächtigter gewählt. Diese Position behielt er bis zu seinem Ausstieg aus dem Berufsleben im Juni 2002.

Dieter Dicke und Reinhard Schwitzer setzten andere Akzente als Claus Wagner, der z.B. keine Betriebsbetreuung übernommen hatte. »Reinhard und ich haben zusammen mit den Sekretären aktiv Betriebspolitik gemacht und auch als Bevollmächtigte einzelne Betriebe betreut. Wir haben regelmäßig und intensiv mit den Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten diskutiert und haben bei den Betriebsversammlungen geredet. Ich habe z.B. Wabco und Mannesmann-Rexroth betreut und war dort auch Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat. Wenn es bei Volkswagen kritisch wurde, war ich natürlich auch vor Ort. Darüber hinaus habe ich etliche Kleinbetriebe betreut.«

Dieter Dicke ist seit 1960 Mitglied der SPD und war auch viele Jahre Mitglied im Bezirksvorstand der SPD in Hannover. Er war und ist überzeugtes Mitglied der IG Metall und der SPD, hat aber immer strikt darauf geachtet, dass die beiden Funktionen getrennt wurden. Eine einseitige parteipolitische Orientierung hat Dieter immer abgelehnt, da dies mit dem Verständnis der Einheitsgewerkschaft nicht zu vereinbaren ist. Dazu Dieter: »Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn wir uns als IG Metall von der SPD vereinnahmen lassen. Ich war immer der Gewerkschafter in der Partei, aber nicht der SPD-Vertreter in der IG Metall. Wir haben immer eine klare Trennung gezogen und haben nicht versucht Ratsmitglied oder Landtagsabgeordneter zu werden, was ohne weiteres möglich gewesen wäre. In meiner Zeit in der SPD gab es zwei Situationen, wo ich ernsthaft überlegt habe, aus der Partei auszutreten: beim Nato-Doppelbeschluss und der Agenda-2010 von Gerhard Schröder.

¹⁶ Zwei Zeitzeugengespräche mit Dieter Dicke sowie schriftlich beantwortete Fragen

Letztlich bin ich aber doch Mitglied geblieben, weil man nur von innen etwas verändern und für gewerkschaftliche Positionen in der Partei streiten kann.«

Auch nach seinem Ausstieg als Erster Bevollmächtigter blieb Dieter aktiv. Er war von 2006 bis 2012 Mitglied der niedersächsischen Härtefallkommission, die Härtefälle bei der Abschiebung von Asylbewerbern prüft. Ab 2004 war er ehrenamtlich zunächst Mitglied und später Vorsitzender des Kontrollausschusses der IG Metall auf Bundesebene. Diese Funktion hatte er bis 2019 inne, bis er »zum zweiten Mal in Rente ging«. Er lebt heute in Hannover.

1990 wurde die IG Metall Hannover Partner-Verwaltungsstelle zur neu entstehenden Verwaltungsstelle in Magdeburg. Mehrere Kolleginnen und Kollegen aus Hannover unterstützten die Magdeburger Metallerrinnen und Metaller beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen, der Wahl von Betriebsräten sowie der Werbung von Mitgliedern für die neue gesamtdeutsche IG Metall. Mehr als 30.000 Metaller traten in Magdeburg in die IG Metall ein. Besonders aktiv waren der ehemalige Zweite Bevollmächtigte Hans Berkentin und das Betriebsratsmitglied von Volkswagen Friedrich-Wilhelm Streso.

In Hannover lag der Frauenanteil bei den Mitgliedern seit den 1970er Jahren bei ca.10 bis 11%. Im Laufe der Jahre sollte er kontinuierlich steigen. Im Januar 2021 waren 5.352 weibliche Mitglieder registriert, was knapp 15% entspricht. 1990 gab es bei der Zusammensetzung der hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre eine Änderung, die heute nichts Besonderes ist, aber damals außergewöhnlich war. Seit 1945 waren in der IG Metall Hannover ausschließlich männliche Gewerkschaftssekretäre beschäftigt. Mit Marion Lenz wurde erstmals eine Kollegin als Gewerkschaftssekretärin eingestellt.

Marion Isabel Lenz¹⁷

* 16. August 1965 in Hannover

Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall Hannover

Marion Lenz wurde als Tochter einer spanischen Mutter und eines deutschen Vaters geboren. Nach dem Realschulabschluss absolvierte sie ab 1980 bei der Siemens Niederlassung in Hannover eine Ausbildung als Fernmeldeelektronikerin. In ihrem Ausbildungsgang waren von 96 Auszubildenden lediglich drei weiblich. Zur damaligen Zeit gab es bei Siemens in Hannover insgesamt ca. 350 gewerbliche und ca. 50 kaufmännische Auszubildende.

Nach kurzer Zeit wurde Marion in die Jugendvertretung gewählt und wurde auch gleich Vorsitzende. Mit ihrer Wahl trat sie in die IG Metall ein. Die Jugendvertretung wurde vom Jugendsekretär Reinhard Schwitzer betreut. Marion erinnert sich: »Der Betriebsrat war gewerkschaftlich nicht so aktiv. So gab es im Jahr 1985 eine Aktion zum Thema des ›Streikparagrafen im AFG 116‹. Die Belegschaften der Betriebe sollten auf die Straße gehen und gegen die geplante Änderung protestieren. Bei Siemens gingen alle Azubis auf die Straße, aber kaum ›Erwachsene‹.«

¹⁷ Zeitzeugengespräch mit Marion Lenz

Seit 1982 war Marion Mitglied im Ortsjugendausschuss und im Hospitanten-Arbeitskreis der IG Metall Hannover. 1987 bot ihr der damalige Bevollmächtigte Claus Wagner an, hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin zu werden. Im Rahmen des Frauenförderplans suchte die IG Metall Hannover eine weibliche Gewerkschaftssekretärin. Marion qualifizierte sich daraufhin ein Jahr an der Frankfurter »Akademie der Arbeit«.

1989 begann sie mit ihrer Einarbeitung in der IG Metall Hannover durch den Gewerkschaftssekretär Werner Arndt. Ab dem 1. Januar 1990 wurde sie dann als erste weibliche Gewerkschaftssekretärin eingestellt. Bei ihrer Arbeit – so erinnert sich Marion – war ihre Situation als einzige Frau im Kreis der Sekretäre nicht das Problem, sondern eher ihr junges Alter. Sie war zuständig für Jugend- und – zusammen mit Werner Arndt – für Frauenarbeit.

Marion erinnert sich: »Während meiner Zuständigkeit für die Frauenarbeit hatte ich gute Unterstützung durch die Bezirksleitung der IG Metall und durch die gute Zusammenarbeit im bezirklichen Frauenausschuss. Über die berufliche Zusammenarbeit haben wir auch versucht, uns regelmäßig mit den weiblichen Gewerkschaftssekretärinnen im Bezirk zu treffen, um uns gegenseitig zu stärken.«

1991 wurde ihr erstes Kind geboren. Sie arbeitete schon drei Monate später wieder in Teilzeit bei der IG Metall bis 2000 ihr zweites Kind geboren wurde. Bis 2004 arbeitete sie auf 450 € Basis, betreute die Frauenarbeit und war für die neue Homepage der IG Metall zuständig. Seit 2004 arbeitet sie wieder in Teilzeit und ist für den Bereich des Rechtsschutzes zuständig. Marion stellt fest, dass die Arbeit im Rechtsschutz in den ganzen Jahren immer vielfältiger und komplizierter geworden ist.

Die Einstellung von Marion Lenz ist auch als ein Teil der Frauenförderpolitik der IG Metall ab Ende der 1990er Jahre zu sehen. Dazu erinnert sich die Bezirkssekretärin Helga Schwitzer: »Damals waren im Bezirksfrauenausschuss von den Hauptamtlichen fast ausschließlich Männer vertreten. Es gab Mitte der 1980er Jahre im IG Metall Bezirk Hannover nur eine Frau als Bevollmächtigte: Jutta Krellmann, die Zweite Bevollmächtigte bei der IG Metall in Hameln. Jutta und ich waren die beiden einzigen Frauen in Führungspositionen. Darüber hinaus gab es weniger als fünf weibliche Gewerkschaftssekretärinnen.«¹⁸

Auf dem Gewerkschaftstag 1999 wurde die Satzung der IG Metall geändert. Ab 2020 sind seitdem in den Gremien der IG Metall Frauen mindestens entsprechend ihres Mitgliederanteils zu berücksichtigen; dies gilt auf regionaler Ebene beispielsweise für den Ortsvorstand, die Delegiertenversammlung und die Tarifkommissionen. Kurze Zeit später wurde in das Betriebsverfassungsgesetz eine Geschlechterquote aufgenommen, durch die in der Metallindustrie die Frauen auch im Betriebsrat mindestens entsprechend ihrer Mitgliederzahl zu berücksichtigen sind. Diese beiden Regelungen brachten einen neuen Schub für die stärkere Beteiligung von Frauen in der Gewerkschaftsarbeit.

Helga Schwitzer¹⁹

* 1. Dezember 1950 in Hannover

¹⁸ Zeitzeugengespräch mit Helga Schwitzer

¹⁹ Ebd.

Bezirkssekretärin im IG Metall Bezirk Hannover, später geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Helga Schwitzer absolvierte nach der Realschule eine Ausbildung zur Bankkauffrau von 1966 bis 1969. Sie trat am 1970 in die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) ein, eine Vorläuferorganisation von ver.di. Mit dem Wechsel zur IG Metall wurde sie dort 1985 Mitglied. Schon Anfang der 1970er Jahre war sie aktiv in der HBV-Jugend und beim DGB-Kreisjugendausschuss. Nach dreijähriger Tätigkeit als Bankangestellte besuchte sie von 1972 bis 1974 das Hannover Kolleg und machte dort ihr Abitur. In dieser Zeit hat sie sich aktiv in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit engagiert. Nach dem Jura-Studium von 1974 bis 1981 arbeitete sie im DBG-Rechtsschutz und vertrat Gewerkschaftsmitglieder zunächst beim Arbeitsgericht und später beim Landesarbeitsgericht.

1985 wechselte Helga Schwitzer als Bezirkssekretärin in die IG Metall Bezirksleitung Hannover. Bei der Einstellung gab es zunächst Schwierigkeiten, u.a. weil sie den Krefelder Appel gegen die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa unterschrieben hatte. Der damalige Bezirksleiter Reimar Birkwald hatte damit kein Problem und setzte ihre Einstellung trotz kritischer Stimmen im IG Metall-Vorstand durch. In dieser Zeit wurde Helga auch SPD-Mitglied. In der Bezirksleitung war Helga u.a. für die Tarifpolitik bei Volkswagen, für den Rechtsschutz und die bezirkliche Frauenarbeit zuständig. Sie war damals nach langer Zeit die einzige weibliche Bezirkssekretärin. Dies spielte aber bei ihrer Arbeit von Beginn an keine Rolle, da sie insbesondere durch ihre juristische Kompetenz schnell überall Anerkennung fand.

Zur Weiterentwicklung der Frauenarbeit berichtet Helga: »Wir haben gezielt Gewerkschafterinnen angesprochen, sich stärker einzubringen. Dabei kam und kommt es darauf an, dass Frauen nicht nur im Frauenausschuss aktiv sind, sondern in den Entscheidungsgremien aktiv werden: beispielsweise im Betriebsausschuss, im Entgeltausschuss oder auch in den Tarifkommissionen. Es gab damals auch Frauen, die sich ausschließlich auf Frauenarbeit konzentriert haben. Aus meiner Sicht kam es darauf an, zusätzlich auch in anderen Bereichen Verantwortung zu übernehmen. Dafür haben wir uns stark gemacht, auch wenn das nicht immer einfach war. Viele Frauen bekamen dabei von den männlichen Kollegen auch Gegenwind zu spüren und mussten sich durchsetzen.«

In ihrer Zeit in der Bezirksleitung Hannover war Helga Schwitzer als Tarifsekretärin zuständig für den Haustarifvertrag von Volkswagen. Sie war unmittelbar an den Abschlüssen zur 4-Tage-Woche, zu Auto 5000 und zu den Zukunftstarifverträgen in den Jahren 2004 und 2006 beteiligt. 2007 wurde Helga Schwitzer auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall als geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt. Sie war dort u.a. für Tarifpolitik und Frauenarbeit zuständig. Ihr Vorstandsmandat endete im Jahr 2013. Seit 2015 ist sie ehrenamtlich als alternierende Vorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover tätig.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wurde von den Gewerkschaften zunächst in Ostdeutschland, später dann auch in Westdeutschland das Konzept von Beschäftigungsgesellschaften bzw. Transfergesellschaften entwickelt. Bei anstehendem Arbeitsplatzabbau wurden die betroffenen Beschäftigten nicht gekündigt, sondern für mindestens ein Jahr in eine Beschäftigungsgesellschaft überführt. Die Träger dieser

Beschäftigungsgesellschaften haben das Ziel, die betreuten Beschäftigten so schnell wie möglich wieder in neue Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Die finanzielle Basis bildet das Transferkurzarbeitergeld, das etwa so hoch wie das Arbeitslosengeld ist, und in den meisten Fällen ein Aufstockungsbetrag des entlassenden Unternehmens. Da die Trägergesellschaften überwiegend aus Süddeutschland kamen, wuchs bei der IG Metall der Wunsch, einen Träger für Beschäftigungsgesellschaften in Hannover zu installieren. Dazu berief der Zweite Bevollmächtigte Reinhard Schwitzer einen Arbeitskreis zur Struktur- und Beschäftigungspolitik ein. In mehrmonatigen Sitzungen wurde ein Konzept erarbeitet. Unter Leitung des Rechtsanwaltes Hans Braul wurde die Trägergesellschaft FUTURA errichtet, die bis heute aktiv ist. 1999 wurde in Hannover die erste Beschäftigungsgesellschaft bei der Firma »Max Pietsch Fahrzeugbau« gegründet. Später wurde FUTURA bei zahlreichen Firmen aktiv, in denen Personalabbau anstand, so z.B. bei KraussMaffei, Komatsu Hanomag, Federal Mogul, Textron-Avdel, Keymile, RFS, Mahle und viele andere.

Der massive Arbeitsplatzabbau in dieser Zeit hatte einen negativen Einfluss auf die Mitgliederentwicklung bundesweit, aber auch bei der IG Metall in Hannover. Innerhalb von elf Jahren sank die Mitgliederzahl von ca. 50.000 (1990) auf ca. 44.000 im Jahr 2000. Um dem entgegenzuwirken, wurde die systematische Werbung von neuen Mitgliedern ausgeweitet. Dazu erschien 1999 eine Broschüre der IG Metall-Verwaltungsstelle für Betriebsräte und Vertrauensleute »Gut, dass es sie gibt – Argumente für eine Mitgliedschaft in der IG Metall«. Trotz der guten und verstärkten Mitgliederwerbung war es nicht möglich, die Austritte aufgrund von Entlassungen auszugleichen.

Im Jahr 2000 gab es zwei Neuerungen bei der IG Metall Hannover. Einerseits ging der Internetauftritt der Verwaltungsstelle mit einer eigenen Homepage an den Start. Andererseits präsentierte sich die IG Metall bei der Industriemesse und der CeBIT (eine der weltgrößten Messen für Informationstechnologie, seit 1986 auf dem Messegelände Hannover) erstmals mit einem eigenen Messe-Stand. Hier konnten insbesondere junge Messebesucher gezielt angesprochen und über die IG Metall informiert werden. Die Info- und Beratungsstände finden bis heute einen hohen Zuspruch und ziehen zahlreiche Messebesucher an.

2000 besuchten 25 ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Stadt Hannover.²⁰ Organisiert wurde der Besuch vom historischen Seminar (Projekt Historische Lager) der Universität Hannover, der IG Metall und der Stadt Hannover. Anlass war der 55. Jahrestag des 8. Mai 1945 – dem Tag der Befreiung vom Faschismus. In Hannover arbeiteten während der Nazi-Zeit ca. 60.000 Zwangsarbeiter, u.a. bei Continental und AFA (Varta). Die Menschen kamen aus Polen, Tschechien, der Ukraine, Weißrussland, Holland, Belgien und Italien. Ursprünglich sollten die Zwangsarbeiter bei ihrem Besuch in Hannover wegen des begrenzten Budgets im Naturfreundehaus untergebracht werden. Als der Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg davon erfuhr, sagte er: »Das kommt überhaupt nicht in Frage. Unsere Gäste schlafen im ersten Haus am Platz – im Hotel Luisenhof!« Die Zwangsarbeiter trugen sich während des Besuches in das »Goldene Buch der Stadt Hannover« ein.

Tarifpolitik

²⁰ IG Metall, Metallzeitung, Bezirksseite Hannover, Heft 5/2000

Metallindustrie: 35 Stunden Woche

In der Tarifrunde 1990 gelang es der IG Metall nach mehreren Warnstreikwellen, einen verbindlichen Stufenplan für die Einführung der 35-Stunden-Woche in Westdeutschland durchzusetzen. Danach verkürzte sich die wöchentliche Arbeitszeit ab dem 1. April 1993 auf 36 Stunden und ab 1. Oktober 1995 auf 35 Stunden. Die bisherigen Regelungen zur Differenzierung wurden geändert: Generell gilt die 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigte, aber für eine Quote von 18% der Belegschaft kann individual-rechtlich eine Arbeitszeit von 40 Stunden bei entsprechender Bezahlung vereinbart werden.

Volkswagen: 4-Tage-Woche

1993 drohten in den sechs Werken der Volkswagen AG insgesamt 30.000 Entlassungen. In einem bisher einmaligen Schritt gelang es der IG Metall, durch den Abschluss eines Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung, Massenentlassungen zu verhindern. Der Tarifvertrag sah eine drastische Reduzierung der Arbeitszeit auf 28,8 Stunden ohne vollständigen Lohnausgleich vor. Diese Regelung wurde unter dem Namen »4-Tage-Woche« bekannt. Gleichzeitig sicherte Volkswagen im Tarifvertrag verbindlich zu, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Die monatlichen Entgelte blieben konstant, da das Urlaubs- und Weihnachtsgeld in monatlichen Raten ausgezahlt wurde; dadurch verminderten sich die Jahresentgelte allerdings. Dieser Tarifvertrag wurde in den folgenden Jahren regelmäßig verlängert.

Der Tarifabschluss fand trotz der damit verbundenen Minderung des Jahresentgeltes in der Mehrheit der Werke eine hohe Akzeptanz, da die Belegschaften nicht mehr befürchten mussten, entlassen zu werden. Im Werk Hannover sah die Situation anders aus (siehe hierzu S. XXX). Während die 20%-ige Arbeitszeitverkürzung in den anderen Werken zum Ausgleich der Beschäftigungslücke führte, entstand in Hannover ein Personalbedarf, der durch erhebliche Mehrarbeit und die Aufnahme von rund 1.2000 Kolleginnen und Kollegen aus anderen Werken gedeckt wurde.²¹

Metallindustrie: Tarifvertrag Beschäftigungssicherung und gemeinsamer Manteltarifvertrag

Das Modell der 4-Tage-Woche stand Pate für den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung. Er konnte nach einer Urabstimmung in der niedersächsischen Metallindustrie in der Tarifrunde 1994 vereinbart werden (siehe hierzu S. XXX). Um Entlassungen zu vermeiden, konnte nach dem Tarifvertrag eine freiwillige Betriebsvereinbarung zur Absenkung der Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden vereinbart werden. Die Reduzierung der Arbeitszeit erfolgt ohne Lohnausgleich; im Gegenzug werden für die Dauer der Laufzeit der Betriebsvereinbarung betriebsbedingte Kündigung ausgeschlossen. Diese Regelung war und ist eine sinnvolle Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen zur Kurzarbeit, die an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist.

In der Metallindustrie war es bis Anfang der 1990er Jahre üblich, dass Angestellte ein monatliches Gehalt bekamen, während Arbeiterinnen und Arbeiter im Stundenlohn bezahlt wurden. Das hatte beispielsweise zur Folge, dass das Monatseinkommen im Februar mit

²¹ IG Metall, Metallzeitung, Lokalseite Hannover, Oktober 1995, Kommentar von Dieter Dicke

weniger Arbeitstagen niedriger war als im März mit mehr Arbeitstagen. In der Tarifrunde 1994 wurde vereinbart, dass ab 1. Januar 1995 auch für Arbeiter ein Monatslohn gilt. Dies erforderte in den Unternehmen erhebliche Umstellungen bei der Lohnabrechnung und ein Umdenken aller Beteiligten. Die Einführung des Monatslohns für Arbeiter war ein Baustein auf dem Weg zu gemeinsamen Manteltarifverträgen für Arbeiter und Angestellte.

Ebenfalls in der Tarifrunde 1994 wurde in Niedersachsen eine Verhandlungsverpflichtung für einen gemeinsamen Manteltarifvertrag vereinbart. Damals galten noch drei verschiedene Manteltarifverträge: für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Nach monatelangen und komplizierten Verhandlungen wurde ein gemeinsamer Manteltarifvertrag für alle drei Gruppen vereinbart, der am 1. Dezember 1994 In Kraft trat. Neben der konsequenten Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten konnten zahlreiche Verbesserungen für alle vereinbart werden. Seit 1974 war vergeblich versucht worden, einen gemeinsamen Manteltarifvertrag durchzusetzen (siehe S. XXX). Dieser Vertrag war eine notwendige Voraussetzung zur Vereinbarung eines gemeinsamen Entgelt-Rahmentarifvertrages im Jahr 2003 (siehe S. XXX).

1996 Pilotabschluss zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Die Bundesregierung von Bundeskanzler Helmut Kohl verabschiedete ein Gesetz zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (siehe S. XXX). Diese Verschlechterung konnte dadurch abgewehrt werden, dass die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in der Metallindustrie tariflich abgesichert wurde. Am 5. Dezember 1996 wurde in Hannover ein Pilotabschluss erzielt, der bundesweit übernommen wurde (siehe S. XXX).

Metallindustrie und Volkswagen: Tarifvertrag Altersteilzeit

Da die gesetzliche Vorruhestandregelung durch die Regierung stark eingeschränkt wurde, sah sich die IG Metall gezwungen, auf der Grundlage des neuen Altersteilzeitgesetzes Tarifverträge zur Altersteilzeit durchzusetzen. Dies gelang bei Volkswagen im Jahr 1997²² und in der Metallindustrie im April 1998.²³

Metallindustrie: Tarifvertrag Beschäftigungsförderung²⁴

1998 konnte in der niedersächsischen Metallindustrie erstmals ein Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung mit dem Ziel abgeschlossen werden, arbeitslose Menschen in den Betrieben einzustellen. Dazu wurde ein Verein zur Beschäftigungsförderung e.V. der beiden Tarifvertragsparteien gegründet, der mit zehn Millionen D-Mark vom Arbeitgeberverband ausgestattet wurde. Die IG Metall leistete dadurch einen Beitrag, dass sie auf die tariflich vereinbarte Erstattung der Kontoführungsgebühr in Höhe von 2,50 D-Mark pro Monat verzichtete.

²² IG Metall Bezirksleitung Hannover; Geschäftsbericht 1996-1999, S. 41/42

²³ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Tarifflygblatt Metallindustrie vom 27. Juli 1998

²⁴ IG Metall Bezirksleitung Hannover: 1999: Das niedersächsische Modell: Der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung; Hannover

Tarifvertrag bei der Expo 2000²⁵

Vom Juni bis Oktober 2000 fand in Hannover auf dem Messegelände die Weltausstellung »Expo 2000« statt. Die Trägergesellschaft umfasste nur wenige Führungskräfte und die gesamte Belegschaft sollte als Leiharbeitsbeschäftigte für die Dauer der Ausstellung, also für fünf Monate, arbeiten. Die Beschäftigten sollte über die damals größte Leiharbeitsfirma Adecco rekrutiert werden und ohne jegliche Tarifbindung arbeiten. Der Stundenlohn sollte 12 DM betragen. Von den Hannoveraner Gewerkschaften wurde gefordert, dass während der Weltausstellung keine unmenschlichen Entgelt- und Arbeitsbedingungen akzeptiert werden können. Nach einjährigen Verhandlungen wurde zwischen den Gewerkschaften und Adecco ein Tarifvertrag abgeschlossen. Er umfasste eine Entgelttabelle mit einem Lohn von 13,50 bzw. 14,50 DM in der untersten Entgeltgruppe. Darüber hinaus wurde eine Arbeitszeit von 35 Stunden, verteilt über die Tage von Montag bis Sonntag, sowie die üblichen Regelungen zu Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. vereinbart. Da es bei Vertragsabschluss noch keine Belegschaft und keinen Betriebsrat gab, wurde im Tarifvertrag ein aus vier Mitgliedern bestehender »Betriebsrat« benannt.

²⁵ Meine, Hartmut/Schwitzer, Helga (1999): Der Expo-Tarifvertrag – Tarifliche Regelung der Arbeitnehmerüberlassung während der Weltausstellung EXPO 2000; in: WSI-Mitteilungen, Heft 7, S. 482-484